

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 24. September 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 111

### Quartalwechsel

die Bezüge oder die Druckereirechnungen sowie die Einzelbezüge wollen sofort nur bei der Post ihre Bestellungen aufgeben. Alle neuen Buchdrucker ist das Halten und das Lesen des Organs des Verbandes der Deutschen Buchdrucker unentgeltlich. Für nur 1,50 Mk. vierteljährlich einschließlich Bestellgebühr erhält man den dreimal wöchentlich erscheinenden

ist bevorstehend. Der Bezug auf das Verbandsorgan muß daher sofort erneuert werden. Die Postverwaltung.

**„Korrespondent“**

### Beschlußprotokoll

über die Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker am 19. September 1921 und folgende Tage in Berlin

#### Erster Verhandlungstag

(Montag, den 19. September 1921)

Auf der Tagesordnung stehen die folgenden Beratungsgegenstände:

Anträge der Gehilfenvertreter:

1. Erhöhung der Löhne.
2. Es ist durch den Tarifausschuss festzulegen, daß in den befreiten Gebieten aller Tarifkreise und den an diese angrenzenden bzw. mit ihnen zusammenhängenden Gebieten eine Sonderzulage zu zahlen ist.
3. Nicht als Brückenkopf befreites Gebiet und das Kreisamt wird mit der Regelung der dortigen außerordentlichen Verhältnisse beauftragt.
4. Der Tarifausschuss wolle beschließen, daß die Besatzungszulage für den Kreis III auch im Kreisvorort Frankfurt a. M. zu zahlen ist, da die Feuerungsverhältnisse dort zum allermeisten die gleichen sind wie die in den mit dem gleichen Lokalauslage belegten, Frankfurt unmittelbar vorgelagerten Druckerorten Griesheim, Nied, Schwannheim und Möckel. Sollte eine Verständigung im Tarifausschuss nicht möglich sein, so ist das Kreisamt mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.
5. Das Kostgeld der Lehrlinge ist den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.
6. Festsetzung einer Regionalzulage für den Tarifkreis XII resp. Übertragung dieser Festsetzung an das Tarifamt.
7. Auslegung der Ziffer 8 im § 7 betreffend Aufrechnung halber Überstunden.
8. Können Maschinenfabriken Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden?
9. Sind Dienstbehinderungen, veranlaßt durch Wahrnehmung eines Schöffenamts, eines Landtagsmandats u. dgl. entschuldigend nach § 6?
10. Schaffung eines besonderen Tarifkreises für das Saargebiet.

Nach Veröffentlichung dieser Tagesordnung sind dem Tarifamt nach folgende Anträge zugegangen:

- Prinzipalsseitig:
11. Erhöhung der Lehrlingsstaffel.
  12. Sollten für Berlin und Hamburg wie bisher höhere Feuerungszulagen gewährt werden, so ist für Leipzig derselbe Ausschlag zu bewilligen.

#### Vormittagsitzung

Als Verhandlungsteilnehmer sind anwesend:

Für den Tarifausschuss: die Prinzipalsvertreter Piepenicher (Braunschw.) Dr. Heimann (Südn.), Schloffer (Frankfurt a. M.), Heppeler (Stuttgart), Sellier (Freilung), Jidelsch (Osterr.), Thalader (Leipzig), Dr. Mertinat (Berlin), Jungfer (Breslau), Klapp (Hamburg), Fischer (Stettin), Kaufenberg (Königsberg i. Pr.), als Vertreter des Saargebiets: Courbis (Saarbrücken); die Gehilfenvertreter Hingsten (Sannover), Bertram (Südn.), Nepeck (Frankfurt a. M.), Klein (Stuttgart), Semmerich (München), König (Halle), Gläß (Leipzig), Massini (Berlin), Fiedler (Breslau), Runghier (Hamburg), Reinke (Stettin), Reizner (Königsberg i. Pr.), als Vertreter des Saargebiets: Störk (Saarbrücken).

Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins: Dr. Klitzhards (Leipzig), Dr. Petersmann (Leipzig), Otto (Godesberg), Mehel (Leipzig), Becker (Sinsheim), Graf (Günzburg), Esser (Stuttgart), Dr. Schmidt (Berlin).

Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker: Fülle, Riesebeck (Berlin), Conradi (Mannheim), Freilag (Dresden), Prox (Weimar), Schaeffer (Leipzig), Jäckerp (Bremen), Aldermann (Berlin).

Vertreter des Gutenbergbundes: Grimm (Berlin), Salekhy (Breslau).

Vertreter der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen: Bucher und Glosch (Berlin), Hermann (Dresden), Hornbach (Südn.).

Für das Tarifamt: die Prinzipalsmitglieder Stadtrat Seemann, Dr. Brethaupt, Ehring, Schanz, M. Scholten; die Gehilfenmitglieder Braun, Crost, Gröning, Krüger, Lehnhül.

Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins: Altslein (Berlin), Dr. Woelck (Leipzig).

Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker: Geib, Krauß (Berlin).

Vertreter des Gutenbergbundes: Thraner (Berlin).

Geschäftsführer: Schliebs.

Das Beschlußprotokoll führt der Geschäftsführer.

Für die Redaktionen der amtlichen Organe: „Zeitschrift“: Referendar a. D. Fröhliche, „Korrespondent“: Helmholz, „Typograph“: Bernoth, „Solidarität“: Schulze.

Den Vorsitz übernimmt der Prinzipalsvorsitzende des Tarifamts, Herr Stadtrat Seemann, und eröffnet die Verhandlung mit begrüßenden Worten an die Verhandlungsteilnehmer.

Nach Feststellung der Anwesenheitsliste wird prinzipalsseitig beantragt, daß zwei weitere Vertreter der Organisationen zu den Verhandlungen zugelassen sind. Gehilfenseitig wird dem zugestimmt.

Ebenso verlangt die Organisation der Hilfsarbeiter die Zuziehung eines weiteren Vertreters. Dem wird ebenfalls zugestimmt.

Festgestellt wird, daß an dem Abstimmungsverhältnis durch die unterschiedliche Befehung der Parteivertreter nichts geändert wird.

Die für Eintritt in die Verhandlung erforderlichen Formalkriterien sind damit erfüllt, und es wird sofort in die Beratung des Gehilfenantrags:

#### Erhöhung der Löhne

eingetreten.

Der erste Gehilfenredner hebt hervor, daß der Tarifausschuss durch die plötzliche Steigerung der Lebenshaltungskosten zu einer Lohnerhöhung Stellung zu nehmen gezwungen sei. Bestimmt war keine Verhandlung so ernst wie heute! Die Stimmung in der Gehilfenschaft sei der Prinzipalsakt bekannt; sie sei die gleiche im ganzen Lande. Die letzten Vorgänge im Tarifausschuss, insbesondere der letzte Auszug der Verhandlung mit dem Reichsarbeitsministerium, haben der Gehilfenschaft den Glauben an die Tarifgemeinschaft nahezu vollständig genommen. Trifft eine Änderung in dem bisherigen Verhandlungsmodus nicht ein, dann ist die Gehilfenschaft der Auffassung, daß man mit der Tarifgemeinschaft ans Ende gekommen sei. Es sei der Wunsch berechtigt, daß auch unterseits wieder etwas großzügiger gearbeitet werde, so wie dies früher der Fall war. Bestimmt war der von uns im Jahre 1896 beschrittene Weg der Zusammenarbeit für alle übrigen Gewerbe und Industrien wegweisend. Zugewinnen aber sind andere Organisationen und Gewerbe weit besser vorwärts gekommen, und man hat sich in diesen Kreisen über die Lohnerhöhungen leichter verständigt als bei uns. Die Gehilfen waren zu zurückhaltend und bescheiden, übten oft zu viel Rücksicht auf das Gewerbe. Auf Prinzipalsseite draußen im Lande wird dieses behauptet, daß man schon früher zu einer durchgreifenden Reform auf dem Lohngelände im Tarifausschuss hätte kommen müssen. Heute sieht man, daß die Buchdrucker das Äschenbrödel unter der Arbeiterchaft sind, und man wird deshalb auch den Mißmut verstehen, der bei den Gehilfen und in den Familien derselben besteht. Dafür macht man allein die Tarifgemeinschaft verantwortlich! Der Buchdruckergehilfe muß mit seiner Lohnne bestimme wieder an die Stelle kommen, an der er vor dem Kriege gestanden hat. Prinzipalsseitig ist zwar oft erklärt worden, daß man die Not der Gehilfen kenne, aber geholfen hat man niemals ausreichend. Das hat u. a. auch zur Abwanderung zahlreicher tüchtiger Buchdruckergehilfen in andre Gewerbe geführt, und man hat

sich Industrien zugewendet, die höhere Löhne zahlen. Alles, was sich in den letzten Jahren zugefahren hat, zwingt dazu, daß den Gehilfen in anderer Weise entgegengekommen werden muß. Dadurch, daß örtliche Bewegungen zu ansehnlichen Lohnaufbesserungen geführt haben, ist für die Gehilfen bewiesen, daß prinzipalsseitig auch der Wille zur Zahlung höherer Löhne vorhanden ist. Die Gehilfenschaft verlangt diesmal bestimmt ein anderes Ergebnis, als solche aus früheren Beratungen hervorgegangen sind. Die Gehilfenschaft will nicht den Kampf, weil letzten Endes doch beide Parteien wieder zusammenkommen müssen. Sollte aber die heutige Beratung eine Befriedigung der Gehilfen nicht herbeiführen, dann geht die Masse der Gehilfen über das hinweg, was hier abgehandelt werden könnte. Aus allen Orten und Kreisen liegen Gehilfenklärungen vor, daß ihr Vertrauen in die Tarifgemeinschaft erschüttert sei. Es liegt nicht an der Gehilfenführung, wenn die Verhandlungen heute einen besonders ernsten Charakter tragen, sondern es ist dies die Stimmung der Gehilfenschaft, die in der aufgestellten neuen Forderung zum Ausdruck kommt. Selbst wenn man die heutigen Indizes der bekannteren Statistik zugrunde legen wollte, die alle zum Leben notwendigen Artikel nicht in sich schließen, so entsteht gegenüber unfrem Lohn eine Differenz von 40 Proz. Zwei Jahre lang hat die Gehilfenschaft unter dieser Differenz gelitten. Die Gehilfenschaft erklärt, daß es so nicht weitergehen könne. Redner nimmt Bezug auf die Stundenlöhne einer Reihe ungelernter Arbeiter, mit welchen er die Differenz zwischen diesen Löhnen und den wesentlich geringeren Stundenlöhnen der Buchdrucker nachweist. Wenn man die Stimmung der Gehilfenschaft recht begreifen will, so solle man sich nur vor Augen stellen, daß nach dieser Aufstellung ungelernter Arbeiter wesentlich höhere Löhne beziehen als die Buchdruckergehilfen. Von dem Durchschnittslohn von etwa 5,38 Mk. bleibt nach den Abzügen, die für Steuern und Versicherungszwecke abgezogen werden müssen, nicht mehr übrig als ein Lohn von 30 bis 35 Pf. pro Tag. Davon kann kein Gehilfe leben. Gibt es nicht anders, dann muß auf den Reichstaxi verzichtet werden, und man muß dazu übergehen, sich an jedem Ort allein zu helfen, so gut es eben geht. Die jetzt veröffentlichten Großhandelspreise beweisen, wie im Kleinhandel die Preise binnen kurzem noch weiter steigen werden. Die Auswirkung der Steuern macht sich ebenfalls bereits bemerkbar; die Versicherungsbeiträge steigen weiter; die Ausgabe für unentbehrliche Fahrgelegenheit ebenfalls. Auch der Arbeitsminister hat in den letzten Wochen öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß weitere Erhöhungen aller Lebensbedürfnisse bevorstehen und daß mit großen Bemühungen in Gewerbe und Industrie gerechnet werden müsse, wenn man sich nicht entsprechend verständigen könne. Deshalb muß diesmal den Gehilfen in durchgreifender Weise geholfen werden. Um die heutigen Löhne, die Feuerungszulage und schließlich die Wirtschaftlichkeitsstellen zur Zeit ein schlechtes Lohnsystem vor. Wir müssen versuchen, für die Folge auch dem Laien verständlich zu machen, welche Löhne im Gewerbe eigentlich gezahlt werden; heute findet sich niemand damit zurecht. Die Gehilfen beanspruchen, daß der Grundlohn in unfrem Gewerbe auf eine höhere Stufe gestellt werde. Sie wünschen insbesondere, daß die unterschiedlichen Verhältnisse mit den kleinen Orten und zwischen Verheirateten und Ledigen aufzubeheben sind. Die jüngsten lokalen Bewegungen aus allen Kreisen haben bewiesen, daß prinzipalsseitig ein weiteres Entgegenkommen beabsichtigt wird. Die Stimmung in der Prinzipalschaft ist bestimmt nicht so, wie man das hier oft zum Vortrag gebracht hat. Man beruft sich prinzipalsseitig hier immer auf die Preisverhältnisse. Gehilfenkette könne aber aus den letzten Vorgängen bewiesen werden, daß die Verhältnisse in der Provinz günstiger liegen, auch in bezug auf die Lohnbewilligung. Der Gehilfenvorschlag geht dahin:

1. Der tarifliche Grundlohn aller Klassen sowie der Verrechnungsposten sind zu verdoppeln.
2. Die bisherigen Feuerungszulagen und die Wirtschaftlichkeitsstellen kommen in Fortfall.
3. Dafür ist eine neue bewegliche Feuerungszulage in Höhe von 30 Proz. auf den verdoppelten Grundlohn festzusetzen.
4. Der Ausschlag für Maschinenfester ist zu verdoppeln.
5. Das Kostgeld für Lehrlinge ist zu verdoppeln.
6. Bisherige Beiträge über das Lohnminimum sollen auch über die neuen Löhne hinaus bezahlt werden.
7. Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre erhalten 15 Proz. (statt 30 Proz.) der beweglichen Feuerungszulage.

Die Gehilfenschaft ist der Meinung, daß die verlangte Beweglichkeit der Feuerzuzugulage nötig ist. Die Antragstellung kommt einer 13fachen Erhöhung des Friedensminimums gleich. Im „Korr.“ habe der Redakteur Schaeffer eine neue Idee propagiert, die dahingehet, die gleiche Lohnskala einzuführen. Wäre dies möglich, würde vielleicht beiden Seiten geholfen sein. In derselben Stelle ist auch die damit verbundene Veränderung im Druckpreiskurs dargestellt worden. Wenn sich auch die Auswirkung dieses Vorschlags im Augenblicke nicht voll erfassen läßt, so ist derselbe doch der Beachtung wert. Wenn die Prinzipalität die Druckpreise als Gradmesser für die Lohnregulierung der Gehilfenschaft anwenden wollte, dann sei sie auch in der Lage, höhere Löhne zu zahlen. Leider wird der Druckpreiskurs von den Prinzipalen nicht genügend beachtet; wird er eingebalten, sind höhere Löhne möglich. Wenigstens die heutigen Sätze des Preisstufens nicht, dann sind auch die Gehilfen bereit, mit der Prinzipalität gemeinsam über eine Änderung der Preisstufensätze zu verhandeln. Unsere heutigen Lohnverhältnisse halten einen Vergleich mit den Löhnen anderer Gewerbe bestimmt nicht aus. Inzwischen haben in diesen Gewerben in reichlicher Anzahl Lohnerhöhungen bereits stattgefunden. Unsere Veratung muß deshalb so ausfallen, daß die Gehilfen auch wirklich befriedigt sind. Ist dies der Fall, dann werden auch die unangenehmen lokalen Bewegungen ein Ende nehmen. Der Redner verzichtet darauf, weitere Stimmungsbilder aus dem Lande zu geben, weil alleseitig der Wunsch vorhanden ist, daß man hier nicht lange bezarren will. Sicher ist, daß, wenn nicht noch im letzten Augenblicke durch Verdoppelung der Wirtschaftsbefehle eine Beruhigung unserer Gehilfenschaft erzielt worden wäre, wir heute hier nicht mehr zur Veratung zusammengekommen wären. Noch einmal wird betont, daß die Gehilfen einen gewerblichen Kampf nicht wünschen, weil sie wissen, was es bedeutet, wenn das Buchdruckergerbe als Stützgerbe zum Stillstand kommt. Das könnte der Kunde im Pulverfasse werden und mühte zum Auflockern der in der gesamten Arbeiterkassell bestehenden Anzuzriedenheit führen. Deshalb bestete der Wunsch, daß die heutigen Verhandlungen einen die Gehilfen wirklich befriedigenden Ausgang nehmen. Wir wollen zusammenarbeiten; denn wann wirklich einmal bei uns alles drunter und drüber gehen sollte, so mühten wir doch wieder zu dieser gemeinsamen Arbeit zusammenkommen. Möchte durch unsere heutigen Verhandlungen die früher vorbildlich wirkende Tarifgemeinschaft von neuem gestärkt werden! Anzuzriedene Gehilfen arbeiten nicht mit Lust und Liebe. Deshalb soll man den Gehilfenvorschlag nicht etwa als Abertreibung ansehen, sondern dafür sorgen, daß der Ausgang unserer Verhandlungen sich dem Gewerbe würdig zeigen möge und der Buchdruckergebille im Lohne nicht mehr hinter dem der anderen Arbeiter zurückstehe.

Prinzipalitätsvertreter wird hierauf entgegnet, daß die Prinzipalitätsvertreter zu den Verhandlungen gekommen seien in dem Glauben, daß es möglich sein mühte, sich in diesem Kreise zu verständigen, und zwar in kurzer Zeit. Die Prinzipalität ist sich hier darüber, daß sie diesmal ein größeres Opfer als früher bringen mühte. Man nahm aber an, daß man sich auch bei uns verständigen wolle, nachdem in anderen graphischen Zweigen in den letzten Tagen innerhalb kurzer Zeit Verhandlungen über vorliegende Gehilfenforderungen erfolgt worden sind. Der soeben gehilfenseitig gemachte Vorschlag über Erhöhung der Löhne ist aber so außergewöhnlich und lasse jedes rechte Ausmaß vermissen, so daß die Prinzipalität gezwungen sei, sofort in eine Sonderberatung hierüber einzutreten.

Der nächste Gehilfenredner empfiehlt der Prinzipalität, bevor sie sich zurückzieht, daß man sich über den Ernst der Lage klar sein möge. Die Gehilfenvertretung ist nicht mehr in der Lage, Beschlüsse des Tarifausschusses zu treffen, die berechtigten Wünschen der Gehilfen nicht Rechnung tragen. Können die Gehilfenvertreter mit Beschlüssen nach Hause, welche die Gehilfen nicht beizubringen, dann ist der Kampf gegeben. Auch die Organikation kann die Gehilfen nicht mehr zurückhalten. Die Verhandlung muß ergeben, ob sie mit dem Frieden oder mit dem Kampf endet! Die Prinzipalität hat in Wärdungen einen Beschluß gefaßt, der dahin geht, daß man den Gehilfen entgegenkommen wolle. Die soeben abgegebene prinzipalitätsseitige Erklärung bestätigt dies nicht. Man habe auf der Hauptversammlung der Prinzipale Sonderberatungen für die Feuerversicherung schließen können, und ebenso bestimmt werde im Gewerbe gut verdient; trotzdem gibt man hier aber eine Erklärung ab, die dahin geht, daß die Gehilfenforderung nicht bewilligt werden könne. Redner weist darauf hin, daß nach der letzten Verteuerung der Lebensbedingungen eine 17fache Erhöhung der Löhne stattfinden mühte, während gebilfenseitig nur eine 13fache Erhöhung gefordert werde. Er ersucht nochmals, den Ernst der Situation zu beachten und einen Beschluß in der Sonderberatung herbeizuführen, der die weitere Verhandlung mit der Gehilfenvertretung ermöglicht.

Hierauf wird beschlossen, dem Antrag der Prinzipalität auf Sonderberatung stattzugeben.

Die Verhandlungen werden deshalb bis nachmittags 3 Uhr vertagt.

#### Nachmittagsstung

Der Gehilfenvorstehende des Tarifamts, Herr Braun, übernimmt den Vorsitz.

Der Prinzipalitätsredner, der zuerst das Wort nimmt, erklärt, daß andere Prinzipale bereits am Vormittage zum Ausdruck gebracht haben, daß die Prinzipalitätsvertretung hergekommen sei mit dem aufrichtigen Wunsche, hier zur Verständigung zu kommen. Es handele sich ebendies darum, Abstände, die sich in den letzten Jahren bei uns in der Lohnregulierung eingeschlichen haben, zu beseitigen,

bei denen außenstehende Kreise bestimmt nicht mitwirken können. Das Verlangen der Gehilfen aber könne zu einer Verständigung nicht führen und könne als Verhandlungsgrundlage nicht dienen, weil diese Forderung nicht Rücksicht nimmt auf gewerbliche Verhältnisse. Prinzipalitätsvertreter könne man nur verhandeln über Sätze, wie solche in den übrigen graphischen Gewerben in den jüngsten Tagen zur Einführung gekommen sind. Man wünsche auch an der bisherigen Lohnskala, die sich aus Grundlohn und Feuerzuzugulage zusammensetzt, festzuhalten. Die Wirtschaftsbefehle soll irgendwie verrechnet werden. Neue Erhöhungen sollen der Feuerzuzugulage zugerechnet werden. Ungleichheiten mühte man beseitigen; das würde leicht möglich sein. Nach dieser Richtung hin eine Anregung zu geben, sei die Prinzipalität bereit; allzu große Stufenunterschiede zwischen den Orten mit den verschiedenen Lokalzuschlägen sollen deshalb nicht eintreten. Dagegen mühte der Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen beibehalten werden. Diesbezüglich finde er eine Inkonsequenz in der Gehilfenforderung, indem man die Forderung für Verheiratete aufstelle und trotzdem diese Forderung auch für ledige Gehilfen verlange. Dasselbe sei gefordert bei der gehilfenseitigen Bewertung statistischer Berechnungen. Es werde deshalb prinzipalitätsseitig an die Gehilfenvertretung die Anfrage gerichtet, ob sie geneigt sei, auf dieser Basis mit der Prinzipalität zu verhandeln.

Der Vorsitzende ist der Meinung, daß die Prinzipalitätsvertreter eines gewissen ziffermäßigen Anhalts darüber entbehre, was prinzipalitätsseitig eigentlich bewilligt werden soll. Er fragt an, ob sich diese Ausführungen nicht besser erweitern ließen.

Der Prinzipalitätsredner erwidert hierauf, daß prinzipalitätsseitig weitere Ergänzungen zu der abgegebenen Erklärung nicht zu machen seien.

Der nächste Gehilfenredner erklärt, daß man gehilfenseitig nicht das anerkenne, was in anderen graphischen Gewerben bezüglich der Lohnerhöhung geschehen sei, und man wolle, daß auch diese Lohnerhöhung in jenen Kreisen nicht betrieblich und daß mit weiteren Lohnforderungen zu rechnen sei. 3. B. haben die Porzellanarbeiter die abgeschlossene Vereinbarung mit den Buchbindern abgelehnt. Die Buchdruckergehilfen mühten eine Lohnerhöhung verlangen, die wirklich berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft entspricht, und die denjenigen Löhnen mindestens gleichkommt, die in anderen Gewerben bewilligt worden sind. Von uns verlange man stets, daß die Erhöhung auf eine gewisse Frist festgelegt werde; in anderen Gewerben beantrage man dies nicht. Die Berliner Gleichgestellten haben 3. B. in diesen Tagen einen Wochenlohn von 480 Mk. zugesprochen bekommen, trotzdem sie noch Nebenbezüge haben. Redner verweist ferner auf die Löhne der Transportarbeiter, die weit über die Löhne der Buchdrucker hinausgehen. Wir haben früher funktionsmäßig genommen auf die Verlegungen der Prinzipalität, heute ist dies nicht mehr gängig. Sind Sie bereit, entsprechende Zugeständnisse zu machen, dann sind auch wir zu weiteren Verhandlungen bereit. Wünschen Sie dies nicht, dann mühten wir denjenigen Wege gehen, die den Gehilfen eine angemessene Lohnerhöhung zusichern.

Ein Prinzipalitätsredner möchte feststellen, daß die Gehilfenvertretung auf den Vorschlag der Prinzipalität im wesentlichen ablehnend geantwortet hätte, nur vermisse die Prinzipalität die Begründung dafür. Die Steindruck- und Lithographen haben abgeschlossen, und zwar mit Bindung bis Dezember. Man wird doch nicht behaupten können, daß die Steindruck- weniger beanspruchen dürfen wie die Buchdrucker. Das Steindruckgerbe ist ebendies ein aufstrebendes Gewerbe, zum Teil auch Exportgerbe. Auch mühte man anerkennen, daß in diesem graphischen Gewerbe die getroffenen Abkommen bisher eingehalten worden seien, was bei den Buchdruckern in demselben Maße nicht der Fall ist. Die Steindruck- leben genau unter denselben Verhältnissen wie die Buchdrucker. Die Prinzipale haben nur eine Erklärung für ihre Forderung, und die geht dahin, daß die Gehilfen durch die Reduktion des „Korr.“ stark radikalisiert worden sind, und wir haben gefürchtet, daß im „Korr.“ die Stimmung der Gehilfen stark aufgepuscht worden ist. Deshalb ist es heute schwer, sich in den gegenseitigen Wünschen näher zu kommen. Die Gehilfenforderung sei absolut unannehmbar, nicht nur für die Buchdrucker, sondern auch für das Zeitungsgerbe.

Gehilfenseitig wird dem entgegnet, daß es richtig sei, daß die Gehilfenschaft aufgepuscht worden ist; nicht aber durch den „Korr.“, sondern durch die Verhältnisse, wie sie sich herausgestellt haben. Die Prinzipalität laßt sie könne nicht anders; wir Gehilfen sagen ebenfalls, wir können auch nicht anders. Wir verlangen, leben zu können. Können Sie uns dies nicht garantieren, dann hat weiteres Verhandeln keinen Zweck. Wir haben uns nicht nach den Steindruck- zu richten; die werden binnen kurzem auch mit neuen Lohnforderungen kommen, weil die Bewilligungen nicht ausreichen. Können Sie nicht entgegenkommen, dann werden wir der Gehilfenschaft anheimstellen, sich das zu holen, was sie zum Leben braucht.

Der nächste Gehilfenredner hält den Hinweis auf die Steindruck- für ganz unbedeutend, weil dieses Gewerbe sich tatsächlich erst in dem letzten Halbjahre von den Wirkungen des Krieges wieder erholt habe. Wenn uns entgegengehalten wird, daß wir keinen Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen machen, so können wir nur sagen, daß wir einen Einheitslohn für berechtigt halten und diesen deshalb auch verlangen.

Ein weiterer Gehilfenredner macht darauf aufmerksam, daß die Steindruck- zu Tariflöhnen überhaupt nicht arbeiten, sondern wesentlich höhere Löhne beziehen. Gehilfen werden in diesem Gewerbe dringend gebraucht, find

aber nicht zu haben. Deshalb zahlt man 40—50 Mk. pro Woche mehr an Lohn, als das Minimum beträgt. Zwei Jahre lang haben wir Gehilfenvertreter den hier vorgelegten Argumenten der Prinzipale Rechnung getragen, ganz entgegen dem Willen der Gehilfenschaft; es geschah dies deshalb, weil die Verhältnisse im Gewerbe vielleicht dementsprechend gelegen waren. Heute kann man mit solchen Argumenten der Gehilfenschaft nicht mehr kommen. Wir können mit diesen Löhnen nicht auskommen, wenn die Gehilfenschaft nicht vollends verstanden soll. Die Prinzipale sollen diesen Löhnen nicht Rechnung tragen können, wird auf Prinzipalitätsseite behauptet. Man hat auch gesagt, daß die Gehilfen in den Provinzorten besser durchkommen könnten als in größeren Städten. Das mag während der Dauer der Zwangswirtschaft seine Berechtigung gehabt haben; durch Einführung der freien Wirtschaft haben sich die Verhältnisse auch in der Provinz geändert. In der Provinz ist zweifellos das kaufkräftigste Publikum zu finden; die Landwirtschaft hat am besten gewirtschaftet; sie hat ordentlich verdient. Deshalb haben sich auch die Verhältnisse für die Prinzipale in der Provinz geändert. In seinem Bezirke 3. B. kann Redner 24 Zeitungen nachweisen, die nur einen Abonnementspreis von 2 Mk. aufweisen. Solche Verhältnisse mühten eben geändert werden. In der Provinz zahlt man in allen übrigen Gewerben ebenfalls höhere Löhne; auch in den kleinsten Orten sind die Lebensbedingungen oft höher als in den Großstädten. Der Markt in diesen Orten wird gedeckt durch die Großstädte, und unsere Gehilfen mühten mit geringem Lohne diese Großstädte bezahlen. Wir können die Verantwortung hierfür nicht mehr übernehmen. Dann mag die Gehilfenschaft entscheiden, wenn es hier zu keiner Verständigung kommt. Zweifellos stehen wir am Wendepunkte unserer gegenseitigen Beziehungen. Redner erklärt, daß er ein ausgeprobter Vertreter der Tarifgemeinschaft sei. Wir haben nicht nur unsere ganze Person, sondern alles, was ins Geld zu führen war, der Gehilfenschaft entgegengehalten, um die Tarifgemeinschaft aufrecht zu halten. Gibt es keinen Weg, um einen Sprung ins Dunkle zu vermeiden, so mag man dies prinzipalitätsseitig erklären. Dann wolle man auf Gehilfen- seite, woran man ist.

Der nächstfolgende Prinzipalitätsredner hebt hervor, daß heute morgen gehilfenseitig erklärt worden sei, es gehe in Gehilfenkreisen von Wessen nach Osten der Ruf nach einer wesentlichen Lohnerhöhung. Man dürfe dabei aber auch nicht die Verhältnisse der Provinzdrucker übersehen. In den Provinzorten habe man durch die kaufkräftige Landwirtschaft nichts gewonnen. Wir wissen, daß die zum Teil nicht unerhebliche Preissteigerung seitens der Landwirtschaft vielleicht nicht berechtigt ist, aber wir können nichts daran ändern. Auch unsere Lage in der Provinz ist sehr schwer. Welche Vorwürfe haben wir erhalten, nachdem durch die Verhandlung vor dem Reichsarbeitsminister die letzte Verhandlung zustande gekommen ist! Gehilfenseitig verlangt man im Durchschnitt eine Erhöhung von 2,50 Mk. bis 3 Mk. pro Stunde. Das ist ganz unmöglich zu erfüllen. Die Prinzipale in der Provinz haben zum Teil schwer zu kämpfen und haben Mühe und Not, sich über Wasser zu halten. Es will uns scheinen, als wenn die Gehilfenschaft sich ihrer Verantwortung nicht ausreichend bewußt sei. Drohe man, daß dann auf anderem Weg Abhilfe geschaffen werden mühte, dann wird man dies auf Prinzipalitätsseite sehr bedauern, aber wir Prinzipale in der Provinz fürchten eine solche Abnahme nicht. Hält die Gehilfenschaft an ihrer Forderung fest, dann wissen wir nicht, wo wir die Mittel dazu beschaffen sollen. Mildern Sie deshalb Ihre Forderung, damit man doch noch zu einer Verständigung kommen kann.

Der nächste Redner ist ein Gehilfenvertreter. Er macht darauf aufmerksam, daß prinzipalitätsseitig der „Korr.“ oder sonstige Kräfte für die Anruhe im Gewerbe verantwortlich gemacht werden. Er könne dies nicht begreifen. Der Prinzipalitätsredner ist von der Not der Zeit nicht berührt worden, sonst könnte eine solche Äußerung hier nicht getan werden. Er aber kenne die Not der Arbeiter am eignen Leibe und kenne auch die Not der Arbeiterkassell im allgemeinen. Wie groß die Not ist, kann nur der ermessen, der selbst Arbeiter ist oder wenn er in Arbeiterfamilien verkehrt. Seit Jahren sind wir hier vor dem Kriege mit unsern berechtigten Forderungen systematisch zurückgebrängt worden. Wir haben dies trotzdem in unsern Kreisen stets vertreten und vertreten müssen. Aber auch dieses hat seine Zeit. Weiter geht es nicht mehr. Unsere heutigen Verhandlungen werden entscheiden über Krieg oder Frieden, über Sein oder Nichtsein der Tarifgemeinschaft! Wir sehen auf der einen Seite den ungeheuersten Luxus, auf der anderen Seite das größte Elend. Die Bezüge der Gehilfenvertreter, soweit sie Angestellte der Organikation sind, richten sich nach dem, was unsere Kollegen an Lohn beziehen; deshalb kennen wir auch die Not unser Kollegen. Glauben Sie nicht, daß wir uns zufriedengeben könnten mit einer Aufbesserung, wie sie den Steindruck-ern bewilligt worden ist. Das ist für uns kein Verhandlungsobjekt. Was die abgeschlossen haben, geht uns nichts an. Wir wollen in unsern alten Stand vor dem Kriege zurück. Sie können unmöglich die Buchdrucker geringer entlohnen, wie eine große Zahl ungelerner Arbeiter in anderen Gewerben entlohnt wird. Man spricht hier immer von der Provinz, und die Prinzipalitätsredner aus der Provinz finden stets warme Worte für die Intellektuellen ihrer Provinzkollegen. Redner meint, er hätte heute morgen bei dem Antrag auf Zugabe weiterer Organikationsvertreter der Prinzipalität gegen den Vorschlag gemacht, weil der Prinzipalitätsvertreter die Prinzipalitätsseite hat erklärt, daß das letzte den Gehilfen gemachte Zugeständnis nicht annähernd ausreichend gewesen ist. Die Prinzipale erklären vielfach dies den Gehilfen; wie sollen dann die Gehilfenvertreter beschließen, selbst wenn solche Erklärungen

Sters nichts weiter wie bequeme Ausreden sind? Daher kommt die Abspaltung der Massen, nicht vom „Korr.“! Die Provinz kann nach Ansicht der Gebillten ebenfalls bezogen werden. Wir können nicht bloß begreifen, sondern wir wollen leben! Wir wollen unser Auskommen haben. Zur Zeit ist dieses Auskommen zum Teil erbärmlich. Mit einem Wüßteich, wie Sie uns dies auslegen wollen, können wir uns nicht zufrieden geben. Redner erklärt deshalb, wenn dies das letzte Wort der Prinzipalsvertretung gewesen, dann mag es geben, wie es wolle. Er könne sich für zentrale Abkommen dann ebenfalls nicht mehr einsehen. Bei den Buchdruckerfesten bekommen die Gebilltenführer die schwersten Vorwürfe der Frauen, so daß man sich fürchte, an solchen Zusammenkünften teilzunehmen. Er sei bereit, den Prinzipalen zu zeigen, wie in Wirklichkeit die Dinge bei den Buchdruckergebillten liegen. Man müsse sich deshalb von dem Gedanken frei machen, daß die Gebillten selbst aufgeputzt worden sei. Die Dinge sind eben reif geworden; schaffen Sie keinen rechten Ausgleich, dann werden die Dinge so geben, wie sie von einem Gebilltenredner bereits gekennzeichnet worden sind. Legen Sie Wert auf zentrale Regelung, wollen Sie die Berufsvereine unter den Gebillten erhalten, dann müssen Sie Ihre Stellungnahme wesentlich ändern. Legen Sie ferner Wert darauf, daß es so weit nicht kommen darf, dann müssen Sie ein andres Angebot machen. Steinbrücker und Buchbinder geben uns in dieser Frage nichts an. Ich bitte nicht, sondern ich fordere! Sie müssen bewilligen, wenn Sie Ruhe haben wollen!

Der folgende Prinzipalsredner erklärt, daß die Atmosphäre, die heute in diesem Saale herrsche, eigenartig beruhe, und daß man diese bisher nicht gekannt hat. Wenn hier gebilltenmäßig von Weststreben der Prinzipale gesprochen wird, wenn man von Raffschuß und Sabotage nach der Prinzipalsseite hin rede, so sind dies unberechtigte Vorwürfe; sie treffen uns Prinzipale nicht. Er habe das Gefühl, daß auf der andern Seite heute eine andre Verhandlungssituation bestünde; heute verleihe man die ganze graphische Verwandtschaft. Auch die Induzieren will man in ihrer Auswirkung nicht mehr gelten lassen, weil sie heute Stiers günstiger für die Prinzipale lauten. Es ist gesagt worden, in Verhandlungen seien Versprechungen gemacht worden, die man prinzipalsseitig heute nicht erfüllen wolle. Man habe in Verhandlungen nur gesagt, daß man der Gebilltenhaft in angemessener Form entgegenkommen wolle. Durch unsere Sprecher ist zum Ausdruck gebracht worden, daß auf der Basis der Gebilltenforderung Verhandlungen nicht möglich sind. Ist man gebilltenmäßig gegenüber dem Prinzipalsvorschlag derselben Ansicht, dann würde man allerdings nicht weiterkommen. Auf den Prinzipalsantrag ist man gebilltenmäßig jedoch nicht eingegangen, sondern man lehnt die Prinzipalsklärung einfach ab. Die Gebilltenvertreter haben immer betont, daß sie an der Spitze der Arbeiterkräfte marschieren wollten; bisher sei man an 30. Stelle marschiert. Die Prinzipalsseite aber, Gelassenheit, mit dem ersten Stellen zu marschieren; dazu ist aber nötig, auch die Löhne anderer Gewerbe zu prüfen. Nach den Lohnverhörungen, die Mitte August vorgenommen worden sind, bezahlen z. B. in Berlin die Zimmerer einen Stundenlohn von 7,80 Mk., die Klavierarbeiter einen solchen von 6,75 Mk., die Dachdecker von 7,80 Mk., die Schmiede von 7,20 Mk., die Schilderhalter von 7,80, die Tiefbauer von 7,80 Mk., die Sulmacher von 8,45 Mk., die Tapezierer und Dekorateur 7 Mk., die Glaser 8 Mk., die Rollstuhler 8 Mk., die Maler 8,25 Mk., während bei den Buchbindern die Stundenlohnverhöhung 1,05—1,30 Mk., bei den Steinbrüchern bis 1,27 Mk. beträgt. Man darf auch nicht unterlassen, zu berücksichtigen, was beim Reich und bei den Kommunen an Löhnen üblich ist. Bei den städtischen Arbeitern in Berlin hat eine Erhöhung des Stundenlohns um 1 Mk. stattgefunden. Viele Tatsachen kann man doch nicht verleugnen; man kann deshalb nicht Forderungen aufstellen, die hierzu in keinem Verhältnis stehen. Deshalb müsse man die im graphischen Gewerbe bereits erzielten Erhöhungen gebührend berücksichtigen. Redner ist der Meinung, daß man sich bei beiden Parteien den Luxus eines wirtschaftlichen Kampfes nicht leisten könne. Deshalb hat es keinen Zweck, die Verhandlungen in einem Tone zu führen, der nicht zur Verständigung führen kann. Glaubt die Gebilltenhaft kämpfen zu wollen, so hat auch die Prinzipalsseite diesen Kampf bestimmt nicht zu fürchten.

Der Gebilltenredner, der darauf erwidert, wundert sich, daß man die Atmosphäre, die in Gebilltenkreisen herrsche, nicht verstehen könne. Angeblich soll der „Korr.“ schuld daran sein; man vermisse auch bei den Gebilltenvertretern das Verantwortlichkeitsgefühl. Auf diesem Weg ist die Gebilltenhaft gewiß nicht radikalisiert worden; es liegt eben lediglich an den Verhältnissen und es liegt bei den Prinzipalen, die den Gebillten sagen: Bewilligt in Berlin nur mehr, dann wird es auch gesagt werden! Auch in Prinzipalsversammlungen hat man mehrfach erklärt, daß die Lohnverhältnisse anders werden müssen und daß nennenswerte Zugeständnisse gemacht werden sollen. Versteht man prinzipalsseitig darunter die den Buchbindern gemachten Zugeständnisse, so können wir Gebillten darin keine Befriedigung erblicken. Die Lebensbedingungen sind nach den verschiedenen Staffeln seit der Friedenszeit um das 17fache veräuert worden; unsere Löhne sind bis heute nur um das 8fache gestiegen. Ist prinzipalsseitig hier das letzte Wort gesprochen worden, dann müssen eben andre Wege gebilltenmäßig beschritten werden. Seit Jahren haben wir es in unserm Gewerbe nicht verstanden, die Löhne den Verhältnissen anzupassen. Wenn man auf die heutigen Löhne anderer Gewerbe verweist, warum hat man bei uns dann nicht früher dieser Anpassung an die Löhne anderer Gewerbe das Wort gesagt? Wir sind jahrelang zurückgeblieben; das muß eben nachgeholt werden. Die Bauarbeiter im Rheinlande z. B. haben einen Stun-

denlohn von 9 Mk. und bekommen jetzt noch 2 Mk. hinzu. Das ist ein Stundenlohn von 11 Mk. Alle übrigen Gewerbe sind uns voraus. Wir können nicht mehr zurückbleiben. Er verstehe nicht, wie man Gebilltenvertretern Verantwortungslosigkeit vorwerfen könne. Das, was man heute uns bietet, können wir allerdings nicht annehmen. Der Tarifauschuss hat die stiftliche Verpflichtung, die Löhne der Gebillten den Verhältnissen anzupassen. Wollen wir die Tarifgemeinschaft aufrecht erhalten, dann müssen wir dem entgegenstehende Kräfte beseligen. Welche sind in Ihren Kreisen wie auch bei uns Personen vorhanden, die den Kampf wagen wollen. Dieser Kampf bringt für beide Teile schwere Opfer; vermeiden wir deshalb denselben!

Ein weiterer Gebilltenredner nimmt Bezug auf die Resolution der Wilmunger Hauptversammlung des DVB, und erklärt, daß man ihm vielfach gebilltenmäßig gesagt habe: Seht, die Prinzipale sind bereit, den Lohn angemessen aufzubessern, Ihr müßt nur fordern! Wir leben uns hierin heute leider gleich anfangs der Verhandlungen gefaßt. Wenn hier geringere Löhne anderer Berufe angeführt werden, so sind auch wir in der Lage, Ihnen Löhne vorzuführen, die weit über die Berliner Löhne hinausgehen. Redner führt eine Reihe solcher Löhne an, obwohl nach seiner Meinung zu diesen Löhnen nicht einmal gearbeitet wird, sondern daß in Wirklichkeit höhere Löhne gezahlt werden. Er nimmt nur Bezug auf die Brauer und Bäcker seines Kreises, die einen Wochenlohn von 340 Mk. beziehen und dazu noch Vergünstigungen anderer Art genießen. Vielfach wird andern Arbeitergruppen der Lohn auch während der Krankheit bis zu vier Wochen gezahlt; das sind alles Dinge, die wir bisher vergeblich bei uns angefordert haben. Was die Gedungsfrage der Lohnverhöhung anbelangt, so soll man doch nicht vergessen, wer den Gebillten befragt hat, wie er die Lebensbedürfnisse decken solle. Wiederholt hat man hier prinzipalsseitig erklärt, daß man bereit sei, mit der Gebilltenhaft zu tauschen. Dann empfehle er der Prinzipalsseite z. B. die „Frankfurter Zeitung“ zu lesen, die dieses Thema sehr eingehend behandelt, auch unter Bezugnahme auf das Buchdruckgewerbe. Man täusche sich nicht, daß nur junge radikale Elemente in unsern Reihen an dieser Lohnforderung festhalten; nein, es sind alte Kollegen, Kämpfer aus dem Jahre 1891, die denselben Standpunkt vertreten.

Der nächste Gebilltenredner hält die Vorwürfe, die dem „Korr.“ gemacht worden sind, für völlig unberechtigt. In Gebilltenkreisen sei im Gegenteil vielfach behauptet worden, daß der „Korr.“ das rüchständige Arbeiterorgan sei. Sätze der „Korr.“ nicht immer gerecht, so bestünde die Tarifgemeinschaft längst nicht mehr. Wir denken nicht daran, den Gebillten den Kampf zu empfehlen. Wenn prinzipalsseitig auf die Löhne anderer Gewerbe hingewiesen wird, so darf man doch nicht übersehen, daß dort seit Jahren die Löhne wesentlich besser gewesen sind als unsere heutigen. Wir müssen dies erst nachholen. Tatsache ist, daß prinzipalsseitig vielfach den Gebillten gesagt wird, man sei mit der Lohnbewilligung an die zentralen Abmachungen gebunden, läßt euch dort mehr bewilligen!

Der folgende Gebilltenredner hebt hervor, daß prinzipalsseitig erklärt worden sei, die Gebilltenvertretung habe ihre Forderung nicht begründet. Man hat gebilltenmäßig es eben für überflüssig gehalten, auf Induzieren u. dgl. noch weiter einzugehen, und man hat geglaubt, daß man prinzipalsseitig hierüber genügend informiert sei. Wie die Kleinhandelspreise aussehen, läßt sich leicht beweisen, z. B. an den Preisen eines Konsumvereins. Danach beträgt für 36 Lebensmittel seit Juli 1914 bis zum August 1921 die Steigerung 1653 Proz. Das beweist doch, daß mit den heutigen Löhnen nicht auszukommen ist. Andere Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß man mit dem, was man hier verlangt hat, ebenfalls noch nicht auszukommen vermag. Vielfach führen unsere Kollegen Wirtschaftsbücher; sie sind in erster Linie die Quelle für die heutige Anzufriedenheit, weil sie beweisen, daß man mit dem Lohne nicht auskommen kann. Es ist mit diesen Wirtschaftsbüchern festgestellt worden, daß einige Familien wöchentlich eine Unterbilanz von 30 bis 40 Mk. am Hausaltbudget aufzuweisen haben. Reisen selbst in die ruhigen Orte beweisen, daß die Anzufriedenheit in allen Orten eine außerordentliche ist. Insbesondere sind es die Frauen, die ihrer Anzufriedenheit beseelt sind und oft drastischen Ausdruck geben. Es ist ausgeschlossen, daß es bei den andern graphischen Gewerben bei dem bleiben kann, was heute ist. Wir wollen doch hier beschließen für die zurückliegende und für die zukünftige Zeit. Es ist ausgeschlossen, daß das Ausmaß dessen nur im entferntesten darin liegen kann, was man uns heute prinzipalsseitig angeündigt hat.

Ein Prinzipalsredner vertritt die Auffassung, daß die gebilltenmäßige Schilderung über die Verhältnisse in der Provinz zutreffen möge auf norddeutsche Orte, bestimmt aber nicht auf süddeutsche. In Süddeutschland z. B. bekommen die Arbeiter Mehl und ähnliche Produkte auf direktem Wege, also wesentlich billiger. Redner schildert die Zeitungsverhältnisse in der Provinz und deren vergebliches Bemühen, die Preise aufzubessern. Die Zeitungsverhältnisse im allgemeinen stehen einer Aufbesserung der Preise im Ausmaße der Gebilltenforderung entgegen. Auserungen der Prinzipale, daß man in Berlin nur mehr bewilligen solle, sind keine Aufschlüsse; in den Versammlungen rede man ganz anders. Die Gebilltenforderung kann von der Provinzprinzipalsseite bestimmt nicht bewilligt werden, trotzdem will man soweit als möglich entgegenkommen. Er rufe dringend, an der unterliegenden Verhandlung von Klein- und Großstadt festzuhalten; im andern Falle würde man in kleineren Orten damit nur einen Austritt aus der Tarifgemeinschaft erzielen. Treibt man die Ansprüche zu weit, dann gebe es eben nicht mehr.

Der nächste Gebilltenredner meint, daß prinzipalsseitig Löhne angeführt worden seien, wie sie in Berlin

gezahlt werden. Er könne aus seinem Kreise sagen, daß dort ganz andre, wesentlich höhere Löhne gezahlt würden. Man hat ferner gesagt, daß man prinzipalsseitig dafür sorgen wolle, daß auch die Buchdrucker mit ihren Löhnen an vierter oder fünfter Stelle der Arbeiter kommen sollen. Damit sind wir Gebilltenvertreter durchaus einverstanden!

Der nächste Gebilltenredner verweist insbesondere auf eine Kundgebung der bayerischen Staatsregierung, die beweise, wie sehr die Versteuerung fortschreite und welche Befürchtungen man deshalb hege. Redner nimmt ferner Bezug auf die heute mehrfach erwähnte Schmutzkultur und betont, daß die Gebilltenhaft Mittel und Wege finden werde, diese entsprechend zu bekämpfen.

Der nun folgende Prinzipalsredner meint, man stehe vor der Tatsache, daß die Gebilltenvertreter eine Forderung aufgestellt haben, die noch über die Forderung radikalster Gebilltenkreise hinausgehe. (Dem wird gebilltenmäßig heftig widersprochen.) Der Redner nimmt in seinen weiteren Ausführungen Bezug z. B. auf die Forderung der Frankfurter Gebilltenhaft, die unter der Forderung der Gebilltenvertreter liege, und daß trotzdem der Gebilltenvertreter mit gutem Recht abgelehnt habe, für die Vertretung dieser Forderung sich ein imperatives Mandat geben zu lassen. In Gebilltenkreisen macht man sich absolut nicht klar, was diese Forderung für das Gewerbe bedeutet. Gebilltenmäßig habe man die Wilmunger Zeichnung für die Gewerbesteuerung des DVB, in Vergleich gestellt mit den zu zahlenden Löhnen. Von diesen Zeichnungen wird doch zunächst ein Viertel zur Eingahlung gebracht; es handelt sich bei der Zeichnung doch nur um ein Darlehen von 250 000 Mk., das mit 6 Proz. zu verzinsen ist. Was aber bedeutet die Lohnforderung der Gebillten? Sind Sie sich klar darüber, daß 1 Mk. Lohnaufbesserung eine Ausgabe von fünf Millionen für das Buchdruckgewerbe bedeutet? Und doch sagt man gebilltenmäßig, es würde Nennenswertes hier nicht verlangt. Wie soll Ihre Forderung gedeckt werden? Das ist eine der schwierigsten Fragen insbesondere für Lohnbrücker. Mit unserm Betriebskapital sollen die Lohnforderungen bestritten werden, die heute bereits das Acht- und Neunfache des Friedenspreises betragen. Wir Prinzipale sind aber keine Kriegsgewinnler und sind auch nur verhältnismäßig Mühseliges. Die Frage der Beschaffung des nötigen Betriebskapitals ist bei jeder Lohnverhöhung unsere größte Sorge. Der Direktor der Berliner Elektrizitätsgesellschaft hat z. B. nachgewiesen, daß der Unternehmensgewinn auf 3 Proz. zurückgegangen sei. Gewinne, die wir aus unsern Unternehmungen herausziehen, sind auch nur Papiermark. Uns ist es nicht möglich, nach Ihrem Muster zu multiplizieren. Redner empfiehlt deshalb dringend, einen andern gangbaren Weg zu suchen, der ein Zusammengehen möglich macht.

Ein Gebilltenredner erwidert dem Vorredner, daß von ihm gesagt worden sei, die Forderung der Gebilltenvertreter gebe über das hinaus, was selbst radikalste Gebilltenkreise verlangt hätten. Das ist nicht richtig. Die Forderung der Gebilltenvertreter liege wesentlich darunter. Wir haben wohl gerechnet, was diese Erhöhung für das Gewerbe an Auswirkung bedeutet. Aber wenn man uns sagt, daß bei 1 Mk. Lohnverhöhung dies für das Gewerbe eine Ausgabe von fünf Millionen bedeute, so müsse man gebilltenmäßig dem entgegenhalten, daß dafür Hunderttausende von Personen in Betracht kämen. Das Gewerbe soll und muß diese Aufgabe ertragen; im andern Falle müssen die Druckpreise erhöht werden. Es wird ferner behauptet, daß der Unternehmensgewinn auf 3 Proz. zurückgegangen sei. Das mag stimmen, wenn Sie alle sonstigen Werte, die sich in Ihren Händen befinden, dementsprechend erhöhen. Wir Gebillten haben Goldwerte aber nicht in Händen, sondern wir haben nur Papier. Er empfiehlt nochmals, den gemachten Vorschlag zurückzugeben, der von den Gebilltenvertretern verlangt, daß sie sich mit der Bewilligung, die den übrigen graphischen Arbeitern zugestanden worden ist, befriedigt erklären sollen. Man solle eine Grundlage schaffen, auf der man sich in Wirklichkeit verständigen könne.

Der nächste Prinzipalsredner schildert insbesondere die Auswirkung der Gebilltenforderung auf die Zeitungsverhältnisse und kommt zu der Schlussfolgerung, daß auch die Zeitungen diese Gebilltenforderung nicht ertragen könnten. Im allgemeinen bedauert der Redner, daß auf beiden Seiten es an Vertrauen leide und daß der Boden für eine gegenseitige Verständigung nicht ausreichend vorhanden sei. Er sei mit dem Bestreben in die Verhandlung eingetreten, zu einer Verständigung mit der Gebilltenhaft zu kommen, und er möchte deshalb noch einmal empfehlen, diesen Verständigungswege auch wirklich zu gehen.

Ein Gebilltenvertreter erwidert auf die Ausführungen des Prinzipalsredners betreffend Feststellung des Unternehmensgewinns durch einen Direktor der Berliner Elektrizitätsgesellschaft, daß diese Feststellung auch bei der Reichsbehörde auf Widerspruch gestoßen sei, und daß man dieselbe als eine Irreführung der öffentlichen Meinung bezeichne. Die Behörde wird dazu noch besonders Stellung nehmen.

Von beiden Parteien nehmen noch mehrere Redner das Wort, aus deren Ausführungen jedoch nur die Widersprüche und Gegensätze in die Erscheinung treten, die einer Verständigung beider Parteien im Wege stehen. Es ist mittlerweile die festgelegte Zeit für den Schluss der Verhandlung herangekommen, auch ist die Rednerliste erschöpft.

Der Vorsitzende konstatiert dies und fragt an, wie am morgigen Tage weiterverhandelt werden solle.

Da Vorsitzende hierzu nicht gemacht werden, nimmt der Geschäftsführer des Tarifamts das Wort und nimmt darauf Bezug, daß nach den Erfahrungen, die er

bisher bei solchen Verhandlungen des Tarifauschusses gemacht habe, es zwecklos sei, über dieses Thema noch weiter im Plenum zu beraten. Die eine Seite begründet ihre Forderung mit dem Gland in der Arbeitslosigkeit, und die andre ist der Meinung, daß das Gewerbe die aufgestellte Forderung nicht bewilligen könne. Er bittet deshalb dringend, ihm Gelegenheit zu geben, am morgigen Vormittag in unverbindlicher Form mit einzelnen Vertretern beider Parteien verhandeln zu dürfen, um nach einem gangbaren Auswege suchen zu können. In den heutigen Abendstunden zu verhandeln, sei nach seinem Dafürhalten nach der angestregten Tagung nicht möglich, und er glaube, daß es besser sei, dafür einen Vormittag zu opfern, weil dadurch doch vielleicht die weiteren Verhandlungen besser vom Glande gehen werden.

Da gefillenseitig hierauf entgegengekommen wird, daß weitere Verhandlungen keinen Zweck hätten, erklärt der Geschäftsführer, daß nach seiner Meinung die aufgestellte Gehilfenforderung in vollem Maße nicht zu erfüllen sei, und macht derselbe darauf aufmerksam, daß beide Parteien sich noch einmal reichlich überlegen möchten, was der Abbruch der Verhandlungen zu bedeuten hätte. In der Gehilfenschaft würde das vorhandene Gland nur noch vergrößert werden, und auf der andern Seite würde das Gewerbe einer Erschütterung ausgelegt, die in Jahren nicht zu überwinden sein dürfte. Er macht darauf aufmerksam, wie er dies schon früher gehabt hätte, daß heute ein Kampf in unserem Gewerbe keinesfalls demjenigen ähneln werde, der 1891 im Gewerbe ausgefochten werden mußte. Es liege im Interesse beider Parteien, jeden Weg der Verständigung zu betreten und dem äußersten Mittel des gewerblichen Kampfes aus dem Wege zu gehen.

Nach einer längeren Auseinandersetzung, welche die Parteivertreter unter sich führen, wird dem Antrag des Geschäftsführers zugestimmt.

Die Beratungen des Plenums werden deshalb auf Dienstag nachmittags 3 Uhr verlagert.

## Zweiter Verhandlungstag

(Dienstag, den 20. September)

### Nachmittags-Sitzung

Die unverbindliche Aussprache, die zwischen je sechs Vertretern der Parteien und dem Geschäftsführer des Tarifamtes für den Vormittag des zweiten Sitzungstages angelehrt war, hat sich bis in die späten Nachmittagsstunden ausgedehnt. Da auch in dieser Aussprache der Weg zu einer Verständigung nicht gefunden werden, traten die Prinzipale und Gehilfenvertreter zunächst zu einer Sonderberatung über die in der unverbindlichen Aussprache gemachten Einigungsvorschläge des Geschäftsführers zusammen.

Nach Beendigung dieser Sonderberatung wird die Plenarverhandlung gegen 5 Uhr nachmittags wieder aufgenommen.

Der Prinzipalvorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die unverbindliche Aussprache zu einem Ergebnisse nicht geführt habe. Er fragt deshalb an, wer von den Parteien das Wort wünsche.

Zunächst wird auf die Wortmeldung verzichtet. Auf Anregung der Gehilfenvertretung, daß die Prinzipalvertretung doch irgendeine Erklärung abgeben möchte, wird prinzipalseitig erklärt, daß man die Anfrage des Vorsitzenden nur dahin beantworten könne, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Die Forderungen der Gehilfen sind derart, daß sie nicht zu erfüllen seien. Da auch in der privaten Aussprache eine Annäherung zwischen beiden Parteien nicht erzielt worden ist, sieht man prinzipalseitig keinen Weg zur Verständigung.

Gehilfenseitig wird hierauf erwidert, daß die Prinzipalität die Lage der Gehilfenschaft absolut unrichtig beurteile. Der Redner bezieht die Verdunungsfrage für Winterbedürfnisse seitens der Gehilfen und macht darauf aufmerksam, daß zu diesem Zweck vielfach bereits Vorschläge genommen worden seien, die ganz selbstverständlich zurückgezahlt werden müßten. Dazu sei eine wesentliche Verbesserung der Löhne erforderlich. Das Angebot der Prinzipale bewege sich im Grunde genommen gegenüber dem bisherigen Lohn in einer Summe, die gehilfenseitig nicht angenommen werden kann. Andre Arbeitgeber müssen ihren Arbeitern gegenüber auch entsprechend den Lebensbedingungen Rechnung tragen, die Buchdruckergehilfen verlangen lediglich dasselbe. Sie seien aber bereit, den Vermittlungsvorschlag Schliebs, und zwar den ersten Vorschlag, der am weitesten gebe, anzunehmen, aber dies wäre für die Gehilfenvertretung das äußerste. Ledne die Prinzipalität ihrerseits diesen Vorschlag ab, dann könne gehilfenseitig nur konstatiert werden, daß die Prinzipalität damit nicht im Interesse des Gewerbes gearbeitet habe. Die Gehilfenvertreter werden dem Vorschlage Schliebs zustimmen.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was prinzipalseitig hierauf zu erwidern sei, meldet sich niemand mehr zum Worte.

Der Geschäftsführer des Tarifamtes empfiehlt noch einmal, sich mit seinem zweiten Vermittlungsvorschlage, der eine geringere Lohnherabsetzung als der erste Vorschlag vorsieht, vertraut zu machen, und über denselben zu verhandeln. Er glaube, daß die Erfüllung dieses Vorschlags möglich sei. Sollte dies nicht gewünscht werden, dann müßte er seine Vermittlungsfähigkeit als beendet ansehen.

Weitere Erklärungen folgen seitens der Parteien nicht. Der Vorsitzende fragt deshalb die Versammlung, ob in der vorliegenden Tagesordnung weiter fortzufahren werden solle. Obwohl sich niemand zum Worte meldet, geht doch aus den Zurufen hervor, daß eine weitere Verhandlung nicht gewünscht wird.

Der Vorsitzende konstatiert dies ausdrücklich und schließt die Verhandlung mit dem Bedauern, daß eine Verständigung nicht gelungen sei.

Die Verhandlung wird hierauf um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr geschlossen.

B. a. u.

## Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Hans Keenemann,  
Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun,  
Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

## Nach dem Abbruch der Verhandlungen

(Gauvorsprecherkonferenz und Situationsbild)

Die Drucklegung dieser Nummer hat bis zur äußersten Zeitverzögerung hinausgeschoben erfahren, aber das Ende der Gauvorsprecherkonferenz konnte doch nicht abgewartet werden, da am Abend des 22. September Verlegung eintraten mußte, so daß am 23. September unser Generallstab noch an seinen kriegsstrategischen Maßnahmen arbeitete, gleichzeitig aber auch die Konferenz der Gauleiter der Hilfsarbeiterorganisation in Berlin zusammentrat.

Wenn aus sehr naheliegenden Gründen nicht wie sonst über unsre Gauvorsprecherkonferenz berichtet werden kann, da es jedem Gewerkschaftler einleuchten wird, daß die berufene Vertretung der Gehilfenschaft und die Organisationsleitungen in ersten Konfliktstufen über die einschlagende Taktik nicht in der Öffentlichkeit lange Vorlesungen halten können, so sollen doch unsre Kollegen kurz über den Hergang und den Stand der Dinge unterrichtet werden.

Das vorstehend veröffentlichte offizielle Beschlusprotokoll über die nur zweitägigen Verhandlungen des Tarifauschusses gibt einen jeden Kenntnis von der Hochspannung der Gegensätze diesmal. Die selbst für Pessimisten sehr kurz geratene Tagung endete mit einem beiderseitigen „Bis hierher und nicht weiter“. Die Verhandlungen werden ja noch eine besondere Kommentierung von uns finden.

Die Wiltungen Kur hat bei den Prinzipalen verkehrt angehängen. Die Provinz ist noch resoluter in den Sattel gestiegen, obwohl man für die Tarifauschubstung nicht einmal die begebriete Verklärung um zwei Mann austreiben konnte, die Leipziger Führung scheint noch immer nicht glauben zu wollen, daß sie von Gehilfenseite her auf einem Pulverfasse sitzt, und die ebendem leidlich vernünftigen Berliner Prinzipale sind rabiat geworden, wenn auch die Vernunft noch nicht bei allen zum Teufel ging. Da die Feuerungskurve rapid steigt und die internationalen Börsenbepoten immer verbrecherischer gegen unsre Geldverwertung wiffen, so müßten die Gehilfenvertreter nach andern Maßnahmen die Forderungen bemessen. Sie haben dabei die Frage aus dem Saute gelassen, und die Schaufensterpuppe des sozialen Verhältnisses der Prinzipale wie die Wildunger große Verheißung, „nach Möglichkeit Löhne zu zahlen, wie sie Recht und Billigkeit und die Feuerungsverhältnisse erheischen“, erfüllen dabei brennend klare Beleuchtung. Unsre Schwager vom Stein und vom Buch haben leider gegen uns Zeugenschaft abgeben müssen; die Besondereiten bei ihnen sind für unsre Seelbstlosbnpolitiker eben ohne Belang. Die Gehilfenunterhändler blieben jedoch fest — und das Spiel war aus. . . .

Die nicht im Tarifauschusse vertretenen Gauvorsprecher wurden sofort nach Verhandlungsschluß telegraphisch nach Berlin berufen. Die Zeit bis zu ihrer Ankunft wurde mit einer Vorbildpredung ausgefüllt, um die Klärung in äußerst schwierigen Fragen der Taktik vorzubereiten. Es waren Stunden, die alle in Spannung hielten. Am 22. September konnte dann die Vollziehung zusammenreten; auch Vertreter der mitmarschierenden Hilfsarbeiterorganisation, des Guttenbergbundes und des christlichen Hilfsarbeiterverbandes waren anwesend und bemühten sich, zu ihrem Teil eine volle Verständigung über Aufsicht und Ziel herbeizuführen. Das kann, soweit die Dinge am Abend des 22. September standen, auch als in erfreulicher Weise erreicht gemeldet werden. Die Prinzipalseite würde vieles darum geben, wenn sie das auch von ihrem Generallstab berichten könnte, aber da sieht es trotz der von den Zeitungsverlegern ebenfalls bezugenen „Einnüchtheit“ in der Ablehnung der Gehilfenkardinalforderung indes etwas anders aus, wenn wir auch unsre Kollegen sehr warnen möchten, die Sachlage als rosig anzusehen.

Deshalb waren die Beratungen der Gauvorsprecherkonferenz denn auch von einer sachlichen Schwierigkeit, wie es seit den Oktobertagen 1891 noch nicht wieder der Fall gewesen ist. Und eine Fülle von Erfordernissen tat sich auf, daß es manchem, der in Versammlungen oder im „Korr.“ während der letzten Zeit läßt den Tomabaw geschwungen hat, angst und bange würde geworden sein, wenn sein Feldherrgenie hier hätte die richtige Lösung finden sollen. Aber unter alleim im Gleichgewichte bleibender Seih wußte über eine Schwierigkeit nach der andern hinwegzukommen und unter Finanzminister erleichterte das manchmal durch seine köhne Offenheit. Das Lohnabkommen geht ja noch bis Ende September, und

einmal noch haben die Prinzipale bis dahin einer beschlossenen Verpflichtung gegenüber den Gehilfen nachzukommen. Wir stehen also noch nicht im Kampfe, jedoch rückt der Zeiger immer näher auf 12. Wenn es einen wirklich annehmbaren Ausweg noch geben könnte, würde er von uns nicht verkannt werden, wie das ja auch andre Gewerkschaften in einer solchen Situation nicht getan haben. Was aber in diesem Falle schreiben wir jedoch sehr groß. Wir wollen und wir müssen der Gehilfenschaft wie dem Hilfspersonal diesmal etwas bringen, das auch wirklich als Feuerungszulage gelten kann. Ob die am 22. September abends abgehaltene Berliner Prinzipalversammlung, der eine in Berlin verbliebene Verhandlungskommission aus dem Reiche größere Bedeutung gegeben haben wird, Regungen der Vernunft und des Einlenkens gezeigt hat, können wir in diesem Augenblicke des Schreibens noch nicht wissen. Die von der „Leipziger Volkszeitung“ am 22. September gebrachte Verlautbarung, es werde nun in Leipzig weiter verhandelt werden, hatte bei unsrer Abreise aus Berlin noch nicht einmal gerüchtwiese den Weg zur Gehilfenraktion gefunden.

Deshalb besahe sich die Gauvorsprecherkonferenz bis ins kleinste mit allen Vorbereitungen taktischer und finanzieller Art für den Kriegesfall. In den nächsten Stunden sollten auf einem geeigneten Wege die Weisungen hinausgehen und deren nicht so kleines Gebiet dürfte nach aller Möglichkeit klar und unmißverständlich erlaßt sowie für alle Einzelheiten eine brauchbare Richtschnur gegeben sein. Im „Korr.“ ist das, wie schon bemerkt, absolut nicht angängig. In den vielen Versammlungen der nächsten Woche kann Befassung damit erfolgen. Wer wirklich ein gewerkschaftlicher Kämpfer sein will, wird ohne weiteres wissen, daß die Versammlung wohl der Ort ist, darüber zu sprechen, daß aber sonst darüber zu schweigen ist.

Das muß aber mit allem Nachdruck schon jetzt erklärt werden: Es ist undenkbar, daß jeder Ort auf eigne Faust operiert; es ist deshalb auch ausgeschlossen, daß in den örtlichen Versammlungen unternommen werden kann, die Taktik für das Vorgehen festzusetzen oder abweichende Parolen auszugeben. Die Organisationsleitungen, die Gehilfenvertretung und die Gauvorsprecher haben alles sehr reichlich erwogen, nicht zuletzt auch unter dem Gesichtswinkel der Verantwortung gegenüber der Organisation und ihren Angehörigen, und für eine gewisse Beweglichkeit Vorloge getroffen. Alle dem Tarif unterstehenden Berufsgeoffenen müssen im Interesse des Gelingens auf Tag und Stunde und in jeder Weise dem Aufse der Organisation folgen. Volle Sluggab an das, was in hochkritischen Wöchen der Verbänd. veranpl. ist. Die schärfste und fruchtbringendste Disziplin. Es ist ein irrauriges Zeichen, daß in diesem Augenblicke anscheinend von Willen aus kleine Flugzettel verfaßt werden an die „Buchdrucker Deutschlands“, die von einer sogenannten revolutionären Buchdruckerliga ausgehen und auffordern, dem „Treiben der Bureaukraten“ ein Ende zu machen, „Legt alle Betriebe still, fort mit den Zensuren und Prinzipalstechern, es lebe der Kampf!“, lautet im Kern das dumme Geschwätz heilsöser und unverantwortlicher Phrasen. Die von jedem zu bringenden Opfer, die eine gewerkschaftliche Erprobung für alle Alterskategorien werden dürfen, werden nicht gering sein. Spezialwünsche und Forderungen sind auf die Seite zu legen, so lange für Verteidigung des Hungers und der notwendigsten Lebensbedürfnisse sonst gekämpft werden muß. In der Stunde der Gefahr für alle, müssen alle eine Einheitsfront bilden, bei der es keine Vorprüge geben darf!

Obwohl wir noch nicht direkt im Kampfe stehen, wie auch andre Gewerkschaftsführer nicht gleich vom Verhandlungstisch aus durch Prüden auf den elektrischen Knopf die Schlacht entbrennen lassen, so ist doch einem Beginnen der Prinzipalität, wie es sich bereits mehrfach zeigt, und in Magdeburg im besondern, durch die Tat rubig, aber entschieden zu wehren. Solange wir auf dem Kriegslute leben, soll ein jeder das Reisten von Überfluten unter Hinweis auf den Hechtstundentag ablehnen! Das ist auch später Erfordernis, sogleich aber ein unbedingtes. Hinwegarbeiten aller Aufträge in langen Überfluten, um dann um so leichter die Wade zumachen zu können, das gibt es nicht. Zu der in Anwendung zu bringenden neuen Methode soll das ein Gland aus der längeren Kette sein.

Es hat fast den Anschein, als sollte wie 1891/92 der große Anlug mit den L.-A.- (Kohalausschub)Wachzettel in der bürgerlichen Presse wieder auskommen. In Berlin und Leipzig hat die Prinzipalität eine ihr Handeln sehr beschönigende Schreiberei vom Stapel gelassen; die „L. B.“ hat davon sogar auszugswiese, ohne Kommentar Noli genommen. Wenn es mit dieser Stimmungsmache weitergehen oder wenn unsre Bewegung gar verunglückt werden sollte, dann wird es nicht nur bei Berichtigungen von unsern Ortsvorständen bleiben, sondern man könnte noch etwas ganz andres erleben!

Wie die Fahrt weitergehen wird, ob noch nützliche Zwischenfälle eintreten, das können schon die nächsten Stunden erweisen. Im Sinne der Taktigkeit der Gauvorsprecherkonferenz ist aber Derselbst sein alle!

(Mergz eine Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig des Exemplars. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 111 — Leipzig, den 24. September 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Berlin.** Auf eine 50jährige Berufstätigkeit als Schriftleiter kann am 1. Oktober der Kollege Gustav Herold zurückblicken. In Wentzlin 1857 geboren, lernte er in der Otto Langenbachs Buchdruckerei in Berlin, wo er auch noch einige Jahre nach Beendigung seiner Lehrzeit beschäftigt war, bis er 1878 in die „Vollständige Zeitung“ eintrat, in welcher der noch recht fröhliche und wackere Kollege noch heute, nach Abergang der Zeitung in den Besitz der Firma Wilmshausen, tätig ist.

**Frankfurt a. M.** (Streik der Schriftleiterarbeiten.) Seit dem Jahre 1897, dem Streik bei der Firma Ludwig & Maner, der neun Monate dauerte, fand sich kein solch entschlossenes Bild unter Arbeitern wie in den letzten Monaten. Grund hierzu lag in den fortwährenden unzulänglichen Zugeländnissen der Prinzipale. Immer wieder wurde von selten der Gehilfenvereine den Prinzipalen betont, daß es am Ende noch zum Bruche führen müsse ob der geringen Zulagen. Im Gewerbe wurde vor zwei Jahren ein Reichsstarl geschaffen, der alle Kategorien in gefasster Form in sich schloß. Demzufolge wurde ein Höchsthundenlohn von 5,35 M. erreicht, der aber von einer Anzahl von Gelehrten überschritten wurde, da bei diesen der Akkord noch im Tarif maßgebend ist. Der andre Teil der Arbeiter im Lohn sowie die Hilfsarbeiterinnen bekamen nur niedrige Löhne. Der Mitte August in Berlin abgeschlossene neue Reichsstarl brachte zwar eine Reihe von Verbesserungen im Manteltarif und auch im Akkord, aber die Verarmung erklärte, daß der nunmehr ab 1. Oktober geltende Lohn zum Leben wieder nicht reicht, und es wurde einstimmig beschlossen, vor dem 1. Oktober eine gefasste Wirtschaftsbeihilfe von 1000, 750 und 500 M. zu fordern. Dies wurde der Zentralkommission mitgeteilt mit dem Verlangen, die Forderung gegenüber der Prinzipalität zu vertreten. Von der Zentralkommission wurde uns eröffnet, daß sie für den Monat September sich um eine gefasste Beihilfe von 110, 85, 50 und 20 M. geeinigt habe. (Für Anfang Oktober sind von vornherein neue Verhandlungen angelehrt gewesen, die die eigenliche Lohnregulierung bringen sollten. Diese Verhandlungen finden aber schon ab 29. September in Leipzig (Hft. Red.) Das wurde von uns als ein Schlag ins Wasser empfunden. Es wurde nun verfußt, brüßlich für Frankfurt und Offenbach mit den Prinzipalen zu verhandeln. Herr Klingendorfer, der Vorsitzende, hat das aber verhindert. Darauf kam es zum Ausstand.

**Paffau.** Die krasse Not in der Kollegenchaft infolge der geringen Entlohnung beweist auch den neuesten Kollegen, daß das Ablebenseben im Schmolzwinkel und Krillieren am Kalten nichts nützt, wenn nicht innerhalb der Organisationen praktisch mitgearbeitet wird. Die letzten Verarmungen des hiesigen Ortsvereins wie auch des Bezirksvereins besuchten auch manche Kollegen, die es schon lange nicht mehr nötig dachten; gilt es doch, Stellung zu nehmen zu dem bisher Erreichten und dem in Zukunft unbedingt notwendig zu Erreichenden. Am 17. August sprach in gutbesuchter Bezirksversammlung unser hier auf Besuch weilender Verbandsvorsitzender Seif über „Wirtschaftsfragen usw.“. Die zum Teil sehr lebhaft ausgeführte Rede, die wichtige derartige Aufklärungsverarmungen gerade für uns Provinzkollegen sind, aber auch für unsere beamteten Kollegen, die ebenfalls für die Vertretung der Provinz die Stimmung dort kennen lernen. — Am 5. September nahm die Kollegenchaft Stellung zur bevorstehenden Tarifausschüttung. In der Aussprache wurde besonders des Mißverhältnisses darüber Ausdruck gegeben, daß die Kollegen trotz allen Fleißes immer mehr verarmen bei den seit Jahren miserablen Löhnen, während die Prinzipalität ihre Kunsttempel immer weiter auszubauen imstande ist, trotz angeblich hoher Löhne. Ebenfalls abfällig beurteilt wurde der große Unterschied in der Entlohnung zwischen Lebigen und Verheirateten und zwischen Grobdrückern und Provinz, was heute kein Recht mehr wäre. Zum Schluß wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die fortwährende Steigerung der Lebenshaltung im Vereine mit der ungenügend sich immer weiter ausbreitenden Bewucherung aller Volksgenossen sowie die seit Jahren völlig unzureichende Entlohnung der graphischen Arbeiterchaft hat eine derartige Verelendung der Buchdruckerfamilien herbeigeführt, daß unbedingt gehandelt werden muß. Die Paffauer Buchdruckergehilfen beauftragen deshalb ihren Vertreter, bei den demnächstigen Verhandlungen im Tarifausschusse nur auf Grund nachstehender Forderungen zu beraten: Der Grundlohn einschließlich Vorkaufzuschlag ist um 150 M. zu erhöhen und tritt an die Stelle der bisherigen Entlohnung unter Fortfall aller Teuerungszulagen und Wirtschaftsbeihilfen. Das Lohnabkommen ist nur bis 30. November 1921 festzusetzen.“

**Regensburg.** Am 1. Oktober d. J. kann unser Kollege S. Haupt, der seit mehr als 37 Jahren das Amt des Reichsleitervereins vertritt, auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Seit seinem Auslernen im Oktober 1875 ist Kollege Haupt Mitglied unseres Verbandes, an dem er mit allen Fasern seines Herzens hängt.

Manchem von den vielen Tausenden Kollegen, die als Reisende Deutschland durchqueren und dabei die Sahlsteils Regensburg berühren, werden sich gewiß unfreies wachern alten Verwalters an seinem Ehrentage gern erinnern, den er in voller körperlicher und geistiger Frische begehen kann. Wir wünschen unserm Kollegen Haupt, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, seine Kräfte in den Dienst unserer Organisation zu stellen, und sich eines ungetriebenen Lebensabends zu erfreuen!

**Schwelm.** (Substium.) Am 10. September konnte das „Schwelm-Tagblatt“ auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlasse fand in den festlich geschmückten Räumen der Druckerei eine kleine eindrucksvolle Fester statt. Der Kollege Martin Rüssel konnte an diesem Tag auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit als Metteur in genanntem Betriebe zurückblicken. Dem Jubilar, der allzeit treue Kollegialität übte, wurde seitens seiner Mitarbeiter ein schönes Geschenk überreicht. Ebenso wurde dem geschäftsführenden Geschäftsführer, Herrn Joseph Buchmann, eine sinnige Substiumsgabe überreicht. Dieser dankte dem Kollegen R. Rüssel wie dem gesamten Personal für die bisher geleistete treue Mitarbeit und überreichte dem Jubilar ein prächtiges Geschenk sowie dem übrigen Personal ein solches in Höhe von 200, 150 und 100 M., je nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit. Die Lehrlinge erhielten 25 bis 50 M.

**Würgburg.** Die am 11. September abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht; vertreten waren die Druckereiführer, Ochsenfurt und Karlsbad. Aus den erstatteten Berichten über die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse im Bezirk ist zu entnehmen, daß dort, wo unsere Kollegen vertreten, fast durchweg geordnete tarifliche Verhältnisse bestehen; während dort, wo „Wildde“ haufen, die Lohnverhältnisse und namentlich die Einhaltung der Lehrlingskassa alles zu wünschen übrig läßt. Das Hauptinteresse richtete sich naturgemäß auf das vom Vorsitzenden erstattete Referat: „Die wirtschaftliche Lage und die bevorstehende Tarifausschüttung“. Der Referent sowohl wie die folgenden Diskussionsredner stimmten darin überein, daß das bisherige Geistes in der Lohnzulage aufhören muß, und daß endlich ein Lohn festgesetzt werden muß, wovon die Kollegen auch menschenwürdig leben können. Daß die Prinzipale zahlen können — so führte ein Diskussionsredner aus —, darüber besteht kein Zweifel; denn selbst kleine Prinzipale sind es, die jetzt gleich monatlang mit Familien in den feinsten Bädern sich erholen. Das Resultat der Aussprache war die Annahme — gegen drei Stimmen, weil nicht weit genug gehend — der vom Bezirk Frankfurt u. M. verabschiedeten Entlohnung, worin eine Erhöhung des Grundlohns einschließlich Vorkaufzuschlag um 100 Proz. verlangt wird. Ein Kartellvertreter berichtete jedoch noch über die Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um endlich auch den bayerischen Arbeitern die Rechte zu sichern, die die übrigen deutschen Arbeiter schon längst haben.

## □ □ □ Rundschau □ □ □

**Gegen Durchbrechung des Achthundenlages.** Der Achthundenlag wird immer mehr durchbrochen, auch in den von großer Arbeitslosigkeit heimgesuchten Bezirken, was zu vermehrter Arbeitslosigkeit beiträgt. Überstunden werden vielfach gemacht, trotz behördlicher Verweigerung oder ohne daß die dazu notwendige behördliche Einwilligung eingeholt wird. Die Überstunden werden wohl auch bemittelt, ohne daß die Notwendigkeit richtig geprüft wird. Von der oberen Justiz sind schon in letzter Instanz Entschelde zugunsten des Achthundenlages gefällt worden, aber die unteren Gerichte sehen für Abfertigungen lächerlich geringe Strafen fest. In dieser Situation muß es daher anerkennend hervorgehoben werden, daß auf Veranlassung des sächsischen Arbeitnehmersbundes kürzlich eine Konferenz von Gewerkschaftsbeamten, Vertretern der drei Spitzenverbände der sächsischen Gewerkschaften und des Bezirksarbeiterverbandes mit der sächsischen Regierung stattfand. Das Arbeitsloosend im Vogtlande, wo bei großer Arbeitslosigkeit bis zu 14 Stunden täglich gearbeitet wird, wurde besonders geachtet. Wenn auch hier Gewerkschaften und Polizei einschreiten, so werden doch die von den Gerichten zur Aburteilung kommenden Fälle sehr milde beurteilt und mit höchstens 20 bis 40 M. Geldstrafe bedacht, was geradezu wie eine Ermunterung zu Gesetzesübertretungen wirken muß. Die Konferenz einigte sich schließlich dahin, daß der Arbeitnehmersbundes sofort eine Verordnung herausgeben möge, wonach künftig die Überstunden bewilligenden Behörden vor der Entscheldung die Vertreter der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeitsnachweisleiter zu hören haben. Die Verordnung gemäß dieses Entschlusses ist inwieweit an die Gewerbeaufsichtsämter ergangen worden, Überstunden dürfen danach nur in dringenden Fällen nach Anhören der Berufsorganisation bewilligt oder gutgeheißen werden. Von der Gewerbeaufsicht sind Gesetzesübertretungen bei der Staatsanwaltschaft zu beschleunigter Behandlung zur Anzeige zu bringen

und zur Behämpfung der Arbeitslosigkeit die Umstellung zu fördern. Dieses Vorgehen muß Nachahmung von allen deutschen Ländern finden, auch wenn sie keine sozialistische Regierung wie Sachsen haben. Darüber hinaus muß allgemein auf den sehr veröffentlichten Regierungsentwurf zur reichsgeleitlichen Festlegung des Achthundenlages verbessernd eingewirkt werden. Dieser Entwurf zielt in seiner Grundgedanke fast auf eine Befestigung des Achthundenlages hin und ist unvollkommen, da die Vorschriften über die Sonntagsruhe sowie die auf Grund der §§ 120 a, c und f der Gewerbeordnung erlassenen Bestimmungen darin unberührt bleiben. In seiner jetzigen Gestalt kann der Entwurf schwerlich auf Zustimmung durch die Arbeiterschaft rechnen.

**Krankenkassenwahlen.** Von dem Ergebnisse der Krankenkassenwahlen ist die Zusammenlegung der übrigen Vertretungen in der Arbeiterversicherung abhängig. Es steht in Aussicht, daß die Neuwahlen noch in diesem Jahr allgemein erfolgen werden, wobei eine Vereinfachung des bisherigen Wahlverfahrens dadurch Platz greifen soll, daß die Vorstände der Krankenkassen die Vertreter zum Versicherungsamt und die Vertreter in den Ausschüssen für die Landesversicherungsanstalten wählen. Die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten wählen dann die Vertreter zum Oberversicherungsamt und zum Reichsversicherungsamt. Der Einfluß der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften bei all diesen Wahlen wird um so größer, je mehr es gelingt, die übrigen Gewerkschaftsrichtungen schon bei den Ausschubwahlen zu den Krankenkassen zurückzuführen. Die Ortsausschüsse, insbesondere unsere Verbandsvorstände und Funktionäre, müssen deshalb an allen Orten, wo bisher keine Neuwahlen zur Krankenkasse stattgefunden haben, eine rege Propaganda zur Wahl betreiben, um alle den Gewerkschaften angeschlossenen, wahlberechtigten Mitglieder der Krankenkassen zur Wahlurne zu bringen. In alle Verbandsmitglieder richten wir im besonderen den Appell, das Wahlrecht im eigenen Interesse auszuüben. Die Aufstellung der Listen muß gemeinsam mit den Ortskartellen des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erfolgen, und bei Wahl der Kandidaten ist darauf Bedacht zu nehmen, daß sie für die Forderungen der freien Gewerkschaften voll und ganz eintreten.

**Der innere Wert der Mark.** Die wenig der gegenwärtigen Kurskurve der Mark im Verhältnis zum deutlichen inneren Werte der Mark entspricht, zeigt die Berechnung, die der „Reformer“ in dem „Sächsischen“ des „Berliner Tageblatts“ angestellt hat. Das Preisniveau in Deutschland steht gegenwärtig auf der Höhe des Niedrigen bis Mittelhohen des Friedenspreisniveaus, das Preisniveau Amerikas, des heutigen Repräsentanten des Weltmarktes, bewegt sich zwischen dem 1.3—1.4fachen der Friedenszeit. Daraus ergibt sich, daß die Kaufkraft des Dollars sich nach dem Stande der heutigen Preisbewegung zwischen 42—60 Papiermark bewegt.

## □ □ □ Verschiedene Eingänge □ □ □

**Jahresmappe 1920/1921 des Technikers für Buchdrucker zu Leipzig.** Eine Sammlung auslesener Arbeiten von den Schülern des Technikers stellt in ihrer farbigen und drucktechnischen Ausgestaltung, je nach Fälligkeit der einzelnen Schüler, für das Technikum ein gutes Zeugnis aus. Nebenbei hat jeder Schüler damit Gelegenheit, was er durch den Schulbesuch gelernt hat und was er leisten kann. Die Komplette findet man nur noch sehr wenig und dann auch mehr zu fälliger Verwendung, um besondere Wirkungen zu erzielen oder diese noch zu erhöhen. Man läßt mehr die Schrift wirken und arbeitet je nach Zweckmäßigkeit mit farbigen Papieren. In Verbindung mit der handlich gebundenen Mappe wird ein Tätigkeitsbericht über das (23.) Schuljahr 1920/21 gegeben. Die Schülerarbeiten hat danach bedeutend zugenommen. Die Verfertiger wurden erweitert und verlegt. Durch Wettbewerbe in allen Fächern wurden hohe Leistungen erzielt. Berichte aus Verfertiger werden nach im besonderen geben über: Schmalbuchdruckerei, Komplettenschreib-, Maschinenbau, Drucktechnik, deutschsprachliche Abungen, Rechtschreib-, Abungen, Korrekturarbeiten, Fachreden, Preisbewerbungen, Facharbeiten, Schriftführerarbeiten und redaktionelle Abungen.

## □ □ □ Briefkasten □ □ □

**C. J. in Schk.** Wir erhalten von dort kein Brief und können Ihnen daher die gewünschte Auskunft nicht erteilen.

## □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Gau Hamburg-Mitteln.** Nachstehende Kollegen werden er sucht, ihre Karte bis zum 1. Oktober d. J. zu begleichen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt: S. Beeken (Hauptbuchnummer 58359), W. Becherbohm (58016), F. Boberg (58149), W. Boblen (102072), W. Bode (31670), A. Borich (17021), D. Cagers (89309), Heinrich Arel (89041), S. Stemmann (117004), W. Teewes (35489), A. Thiel (102268), C. Thode (58089).

**Berlin.** Der Streikpompier Erich Saack aus Berlin (Hauptbuchnummer 116727), geboren am 10. Oktober 1902, der sich auf der Karte befindet, ist nachträglich ausgeschlossen worden. Sein Mitgliedsbuch ist einzubehalten und nach Berlin einzuliefern.

## □ □ □ Veranlassungskalender □ □ □

**Mitglieder.** Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 24. September, abends 8 Uhr, im „Hotel Kommandantur“ (C. Bode).

# Leipziger Maschinenfabrikvereinigung

Sonnabend, den 24. September, abends 7 Uhr, im Gesellschaftssaale des „Volksbäuses“:

## Feier des 22. Stiftungsfestes

Künstlerische Darbietungen — Konzert — Festball bis 1 Uhr  
Eintritt 1,20 Mk.

Die Leipziger Kollegen werden hierzu eingeladen. Der Gastauschub.

# Werkzeuge für Buchdrucker!

Ahlen 2.25 — 5.75 M. Pinzetten 8.50 — 10.50 M. *Stichel für Blei*: Flach-, Boll-, Messer-, Spitz- und Justierstichel mit Heft in jeder Breite 5 M. Fadenzstichel mit Heft 7.50 M. *Stichel für Linoleum*: Runde und eckige Hohlstichel mit Heft 9.25 — 11.25 M. *Stichel für Holz*: Tonstichel mit Heft 17.50 M. Zurichtemesser 2.25 bis 5.75 M. Hammer 9.50 M. Zangen 8.25 — 11.25 M. Nagelheber 8.25 M. Punkthiereisen, Verfenker und Durchschlag je 2.50 M. Punzen 5.25 — 6.75 M. Scheren 15 — 20 M. Sächs. Oelsteine 7 M. Drillbohrer, neueste Ausführung, mit 1 Bohrer 4 M.

Porto und Verpackung wird nicht berechnet.  
Nachnahme bis 50 M., — 75 Pf., über 50 M. — 1 M. m. i. r.

VERLAG DES BILDUNGSVERBANDES DER DEUTSCHEN  
BUCHDRUCKER G.M.B.H., LEIPZIG, SALOMONSTRASSE 8  
Postfachkonto 53430. Fernsprecher 12789

# Damals — da habt ihr geschimpft

über „den Schwindel“, den Krieg, über alle die Ungeheuerlichkeiten, die auf euch lasteten, eure Rüdchen klammerten und eure Gesichter gegen Boden drückten; heute wollt ihr „nichts mehr wissen“ — heute reuen euch die paar Mark für ein Buch, das von Rechts wegen auf jedem Familienisch, in jeder Bücherei als erstes sein müßte. Und während alle die Schriften und Bücher zur Verberlichung des Krieges, herausgegeben aus dem großkapitalistischen Profitstumpfe, wieder in die Millionen wachsen, soll ihr die alten, verstaubten Schmäher eurer Bibliotheken, befinnt euch ein wenig, und vielleicht erscheint euch dieses Besinnen doch einige Zeit und einige Mark wert — 1?

## Karl Grassinger: „Menschheitsbrandung“

Aus Rauch und Rauch des Weltkrieges. 205 Seiten Oktav. Preis brosch. 12 Mk., gebunden 16 Mk.

Aus den langen Pressebesprechungen seien hier einige Auszüge wiedergegeben: „Der Greif“ (Wreslenerberg l. Schl.): Man könnte sein Urteil über dieses Buch in einen einzigen Satz zusammenfassen und sagen: Wird das Buch von jedem denkenden Menschen gelesen werden, dann wird es einen Krieg auf unser Welt nicht mehr geben. Was ein Krieg ist, ist immer noch zu wenig bekannt, und alle Bücher, die sich gegen den Krieg bisher wandten, belehnen meistens aus doktrinären Abhandlungen und historischen Folgerungen. Der Verfasser bietet etwas ganz anderes; er hängt Begebenheiten an Begebenheiten mit einer noch nie gebildeten Sprache, und schließt zum Schluß Wege, die wir schreiten müssen.

„Salzburger Wacht“: „Das Buch ist erfüllt von schöner Ethik und verurteilt in dieses Buch eine prächtige Hypothese des Friedens.“

„Aufsteigendes Leben“ (Eylersberg): „Es ist nicht dieses Werk ein Gedankenschilder über den Weltkrieg nennen, der als eine unbedingte Naturnotwendigkeit in Erscheinung treten mußte, um wie ein Fegfeuer zu wirken, damit aus dem tierischen, triebhaften „Ur-Dieseltmenschen“ der Edelmenschen geboren werde, der in ein höheres geistiges Dasein emporspringen soll, in jene Welt, die nicht von dieser, der verkommenen alten Welt ist. Dies erschließt legt man dieses Erkenntnisbuch aus den Händen.“

„Vorwärts“: „Grassingers „Menschheitsbrandung“, die in der erschütternden Wahrheit der Darstellung an das „Feuer“ von Barbarei gemahnt, aber an dankvoller Weisheit und Liebe über das Buch des Franzosen hinausstrebt, ist ein Werk von tiefem Werte für die internationale Friedensliteratur.“

Ohne Parteilichkeit und Vorurteil werden wir den Rest der ersten Auflage, gleich per Jahrlieferung, 12 Mk. (für broschürtes) oder 16 Mk. (für gebundenes Exemplar), und das Buch geht Ihnen umgehend ohne weitere Kosten, laubend verpackt, zu. (Genaue Adresse auf dem Mitteilungsbillette der Jahrlieferung angeben!) Beziehen Sie sich, denn Neuauflage erscheint in absehbarer Zeit nicht mehr.

Meteor-Verlag, München, Willelsbacherstraße 3  
591) (Postfachkonto: München 28557).

# Bandwurm (Spul- u. Madentwürmer)

diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird dünn, nervös, er leidet an Schläpp, Nervenleiden und blutarme Frauen und Mädchen, Magen- und Nierenleiden sowie nervöse Personen usw. leben in den meisten Fällen an Eingeweidenwurmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Geben Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie Auskunft gegen 1 Mk. in Marken Scheinen. (810)

Keine Hungerkur!  
Wurm-Rolle, Hamburg 11 a 121.

# Täglich frisch direkt aus der Fabrik Feinste Tafel-Margarine

zu Engrospreisen, und zwar in den Preislagen von 13,75 Mk. bis 16,50 Mk. pro Pfund. Postpakete von netto 9 Pfund Inhalt frei dori. Nachnahme. (820)

Otto Geiseler, Hamburg 11, Hopfenmarkt 18/20.

# Allerfeinste, stets frische holsteinische Pflanzenbutter

zum wirklichen Engrospreis pro Pfund 13,30 Mk. frei Bahnhof dort einschl. Verpackung. Prima Reinigen von vielen großen Buchdruckereien. Ein Versuch führt zur dauernden Annahme. (886)

Pflanzenbutterverwand „Holstein“, Neumünster.

# Camembert

Bestellt in Stenol und Spanschdler etwa 400 g vierstückig, Postpaket 8 Stück, per Stück 14 Mk., etwa 125 g Postpaket 27 Stück, per Stück 4,25 Mk. Vorkeller Schafmischkäse etwa 125 g (862)

Station 32 Stück, per Stück 4 Mk.  
Wegen Vorläufe oder Nachnahme.  
Otto Langmaack, Hamburg 22, Mellerkamp 47.

# Lithotypeseher Zytopographseher

für Tageszeitungsbetrieb in Wechselstich für dauernd bei guter Bezahlung gesucht zu möglichst sofortigem Eintritt. (889)

Friedr. Kirchner Druckereigesellschaft, Erfurt.

Für die Hausdruckerel einer größeren sächsischen Elektrizitätsgesellschaft wird zum sofortigen Eintritt sachkundiger, zuverlässiger

# Meister

gesucht. Schriftliche Angebote mit Lichtbild, Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und der Gehaltsansprüche unter D. N. 185 an Ala, Saafenstein & Vogler, Leipzig.

Für eine größere Druckerei in der Pfalz suchen wir für unsere Windsbraut Schnellpressen einen durchaus erfahrenden

**MASCHINENMEISTER**  
der im Illustrationsdruck tüchtiges leistet. Bewerber können einige Wochen in unserer Hausdruckerel zur Kenntnis der Windsbrautpressen tätig sein. Bei einer wirklich guten Kraft wird größtes Entgegenkommen zugesichert. Bewerbungen schießen an J. G. Schelter & Biesede, Leipzig, Brüderstr. 26/28

# Maschinenmeister

Es wollen sich Drucker melden, die in Lithographie und Holzdrucken arbeiten und sich für ordnungsmäßige Erledigung aller Arbeiten volle Gewähr bieten können. (871)

Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Druckmustern an  
Druckerel Karl Städtig, Saalfeld a. d. S.

# Tüchtiger Mechaniker

der in Schrottmaschinen gearbeitet hat, (sowohl Reparaturen als auch neue Bestandteile an Komplex- und Handgelmälchinen auszuwerten versteht, ebenso

# energischer, selbständiger Faktor

mit langjährigen Faktorengewissen, nicht Schrottmaschinen, werden von einer räumlichen Schrottmaschine sofort gesucht.

Größe Anträge unter „Vitta 905“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Tüchtiger  
Zytopographseher**  
(neue U-B) in dauernde, selbständige Stellung gegen hohen Lohn sofort (887) gesucht. „Tageblatt“ - Druckerei, Schleswig.

Vollständig selbständiger  
**Buchdruckmaschinenmeister**  
in Holzdrucken, Zeitungen, Platten- und Farbendruck hier, sofort nach dem Saar- gebiete gesucht.

Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 901 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Tüchtiger  
Monotypseher**  
mit mehrjähriger Praxis möglichst auf sofort in Dauerstellung gesucht. (894) Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften an  
Th. Schäfer, Buchdrucker,  
Hannover, Tivolistr. 4.

**Geherstereotypseher**  
für Rund und Flach, stotter und zuverlässiger Arbeiter, in dauernde Stellung gesucht. Bedingungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit, Alter und Ansprüche erbeten an  
„Der Gesellige“, Schneidemühl.

**Präger und Abdecker**  
sofort gesucht. (897)  
Wacker & Mädgen,  
Wurzen l. Sa.

**N. 3. 719**  
Stelle befehlt. Bewerbern besten Dank.

Langjähriger  
**Zeitungsmeßer**  
einer großbildigen modernen Zeitung wünscht sich  
nach Berlin oder Worort zu verandern. Eintritt 14 Tage nach Engagement.  
Off. unter Nr. 830 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei **Typographseher**, ledig,  
**Modell A und U-B**  
wünschen sich zu verandern. Eintritt ev. sofort oder später.  
Offerten mit Gehaltsangaben unter A. R. 902 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Rotationsmaschinenmeister**  
schärft  
Ludwig Mortensen, Düsseldorf,  
Sordantstraße 7. (116)



# Telzahlung

Photo-Apparate  
aller Art  
Photogr. Artikel  
Kataloge umsonst u. portofrei.  
Jannas & Co., Berlin P. 407  
Belle-Alliance-Str. 7-10.

# Maschinenband

Friedensqualität, liefern  
Beyner & Moß,  
Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Des Naheren über die Gemelnschaft für Kintende in Braunschweig, Schornhorststr. 10, wird kostenlos zugesandt.

# Gesegrale und Kästen

sowie Formregale, Segregale, Waschtische, Wälsen- und Farbendränke, Salzbreiter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. (115)  
Beyner & Moß, Düsseldorf,  
Graf-Adolf-Str. 112.

# Musikinstrumente

aller Art  
Garantiert  
hervorragende Güte  
Max Dörfel, Klingenthal i. S. S.  
Preisliste frei

# Ou X Beine

verschwinden  
bei Gebrauch von Orthopag.  
Wirklich neu und gut!  
Glänzende Dankfreselend  
Sehr niedriger Preis!  
hochinteressante, reichhaltige  
Prospekte durch  
Orthopag-Versand  
C. m. b. H. 219

mit 600 Stück 11 franko  
C. m. b. H., Frankfurt a. M.  
Friedrichslandstr. 113

# Jeder Herr

verlange sofort gratis  
Katalog 12 über elegante, kostbillige  
**Herrnkleidung**  
sein  
Für Hochbegabtes  
Seid zurück.  
Biele Umerkennung.  
Verbandhaus G. Kaller,  
885) München, Tal 19.

# Zweite Millionausgabe

der berühmten Werke von  
Dr. med. H. Fischer-Süchelmann  
**Die Frau als Hausärztin** 132 M.  
Antonie Eielmann  
**Die tüchtige Hausfrau** 143 M.  
**Abzahlung** 26 M. monatlich  
Bei Barzahlung freie Lieferung.  
Jedes Werk einzeln erhältlich.  
C. S. Otto & Co., Berlin-Niederschlesien.

# Rasiere dich selbst!

Schütze dich vor Infektion! Empfehle jedem Kollegen meinen H. leicht verpackt.  
**Rasierapparat**. 10 Mk., bei Barzahlung 9 Mk. (888)  
C. Stein, Bayreuth, Munderstraße 3.

# Schätze 37,50 M. monatlich

und bestelle bei der Firma  
C. S. Otto & Co., Berlin-Niederschlesien  
**eine Klassikerbibliothek**

25 qd geb. Bde., für 375 Mk.  
Anfangsband 4 Bde., Chamisso 1 Bde.,  
Faust 2 Bde., Märk. 1 Bde., Stoffel  
1 Bde., Renan 1 Bde., Goethe 4 Bde.,  
Merkel 3 Bde., Schiller 4 Bde., Schopenhauer  
4 Bde. (903)  
(Anzeige bei 2 Erstellung einfinden.)

**Kollegen! Sorgt dafür, daß  
die von der organisierten  
Arbeiterchaft ins Leben  
gerufene**

# Volksfürsorge

Oewerkchaft. - Genossenschaftliche  
Versicherungs-Aktiengesellschaft  
Hamburg 5  
Überall eingeführt, wird  
Meldel Euch bei der  
als Mitarbeiter und Fortschritt  
weitere Auskunft.

# Gegen monatl. Zeitzahlung

liefern ich an Kollegen alle größeren  
Werke, wie Virginia, Klassiker, Geschichtswerke,  
Romanen usw. Anfragen mit  
Nachporto an H. Siegl, München 9.

Am 19. September vertrieben  
nach längerer Krankheit unter  
lieber Kollege, der Seher (898)

# Sophron Gauß

aus Schleusingen, im Alter von  
65 Jahren.  
Wir werden sein Andenken  
stets in Ehren halten.  
Bezirksverein Düsseldorf.

Am 19. September entschieden  
nach längerer Krankheit unter  
lieber Kollege

# Sophron Gauß

aus Schleusingen, im 65. Lebensjahr.  
(899)  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm allseitig  
Die Kollegen der Firma  
H. Gehrlach & Co., G. m. b. H.,  
Düsseldorf („Grete Presse“).

Infolge Unglücksfalls verstorben  
am 11. September unter lieber  
Kollege, der Drucker (900)

# Friedrich Schläpfer

aus Meihen bei Minden, im  
hundertsten Alter von 21 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Druckerei Lübbecke l. M.  
Bezirksverein Bielefeld.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren  
Anzeigen wollen Inserenten den  
Portoerparnis wegen den Betrag gleich  
mit beifügen; bei Beträgen unter  
Mark Dreißigmarken kein Stadtnotegeld.  
Geschäftsstelle des „Korr.“